

JAHRESBERICHT 2021

BERATUNGSNETZWERK HESSEN

herausgegeben vom Demokratiezentrum Hessen



**gemeinsam für
Demokratie**
und gegen Rechtsextremismus

Inhaltsverzeichnis

1. VORWORT	5
2. WER WIR SIND	7
3. DAS JAHR 2021 IN ZAHLEN: Beratung und Bildung in Zeiten der Pandemie	10
3.1 Beratung	13
3.1.1 Leichter Rückgang der Beratungsfälle durch Coronapandemie auch in 2021	13
3.1.2 Regionale Verteilung der Beratungen	15
3.1.3 Beratungsnehmer*innen	17
3.1.4 Gründe und Anlässe der Beratung	19
3.1.5 Art der Beratungsleistungen	21
3.2 Bildungs- und Präventionsangebote	22
3.2.1 Zielgruppen und Umfeld der Bildungsveranstaltungen	23
3.2.2 Art der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen	25
3.2.3 Themen der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen	25
3.2.4 Regionale Verteilung nach Landkreisen	27
3.3 Herausforderungen, Chancen und Perspektiven aus der Sicht der Berater*innen	29
4. AUSWERTUNG DER MONITORING BERICHTE 2021	30
5. AUS DER PRAXIS	36
5.1 Mobiles Beratungsteam Hessen (MBT) – Regionalstelle Nord-/Osthessen des Beratungsnetzwerks Hessen	37
5.2 Haus am Maiberg: Regionalstelle Süd des Beratungsnetzwerks Hessen (bis 30.06.2022)	38
5.3 Regionalstelle Süd des Beratungsnetzwerks Hessen (Jetzt! e. V.)	39
5.4 „response.“ – Beratungsstelle für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt	40
5.5 „Rote Linie“ – Pädagogische Fachstelle Rechtsextremismus	42
5.6 Jetzt! e. V. – Verein für Beratung, Coaching und Bildung – aktiv für Demokratie	44
5.7 Projekt „Zusammenleben neu gestalten“	45

1. VORWORT



Zugegeben: Das Vorwort zum Jahresbericht schreibe ich nie am Jahresende, etwa am 31. Dezember, sondern knapp vor der Fertigstellung und vor dem Druck – diesmal im August 2022. Man kann sich die Frage ersparen, wie wohl ein Vorwort, geschrieben zum Jahresende des vergangenen Jahres, ausgesehen hätte. Denn seit einigen Monaten sind wir mit einem Angriffskrieg in der Ukraine konfrontiert, der viele Selbstverständlichkeiten infrage stellt. War es im 2021 die Pandemie, die immer mehr Menschen aus sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen zu Querdenker*innen machte, die in Teilen mehr und mehr die „Systemfrage“ stellten, dabei alte (Antisemitismus) und neue Feindbilder (Wissenschaftler*innen) offen zur Schau trugen, so verdichten sich die gegenwärtigen ökonomischen, gesellschaftspoliti-

schen Krisen, die mit dem Krieg in der Ukraine einhergehen, möglicherweise zu einem anschwellenden Demokratiemisstrauen in weiten Teilen der Bevölkerung. Noch mehr: Die notwendigen Transformationsprozesse zur Bewältigung des herausforderndsten Megatrends, des Klimawandels, sind in vollem Gange. Offen bleibt derzeit, welche komplexen Konfliktlagen uns hier erwarten.

Wenn es also die Zeit der „Zeitenwende“ ist, so stehen wir im Beratungsnetzwerk Hessen gemeinsam mit unseren verschiedenen Angeboten in der Vernetzung, der Beratung, Prävention und in der politischen Bildung mittendrin. Das zeigen bereits für das Vorjahr die unterschiedlichen Berichte aus der Praxis der verschiedenen Träger in diesem Heft: Neue Phänomene wie die Querdenker*innen spiegeln sich auch in den Beratungsanfragen wider, schon wesentlich länger bekannte Akteure wie die sogenannten „Reichsbürger und Selbstverwalter“ nahmen einen Schwerpunkt ein.

Aber auch die tiefen Kerben, welche der rassistische Anschlag in Hanau am 19. Februar 2020 schlug, blieben auch 2021 ein sehr großer Teil insbesondere in der Arbeit der Betroffenen- und Opferberatung „Response“.

Und der Ausblick? Die skeptische Erwartung lautet, dass die Herausforderungen an alle im Beratungsnetzwerk Hessen enorm wachsen werden.

Jedoch: In den vergangenen Jahren ist es uns immer wieder sehr gut gelungen, „die Köpfe zusammenzustecken“, uns auszutauschen und dabei neue Ideen und Konzepte zu entwickeln – das ist die Kraft, die in einem Beratungsnetzwerk stecken kann, die uns ein Stück Zuversicht bietet.

6. WAS GAB ES 2021 NEUES IM BERATUNGSNETZWERK HESSEN?	46
6.1 Innenstaatssekretär besuchte das Demokratiezentrum: „Unverzichtbarer Teil der Extremismusprävention“	47
6.2 Beratungsnetzwerk und Demokratiezentrum mit komplett überarbeitetem, modernem neuen Internetauftritt	48
6.3 Onlineveranstaltung „Antisemitismus in Jugend(kultur)welten“ im März	48
6.4 Neue Broschüre des MBT Hessen: „Verschwörungsideologien – Hype oder Gefahr?“	49
6.5 Online-Podiumsgespräch „Wissenschaft – Öffentlichkeit – Gesellschaft“ mit dem Demokratiezentrum Hessen	49
6.6 Neues Buch zum Umgang mit Diskriminierung, Rechtspopulismus und Rassismus in der Schule erschienen	50
6.7 Hybrider Fachtag „Rassismuskritisch unterrichten. Multiperspektivität in der Schule“ in Frankfurt	51
6.8 Auszeichnung für besonderen Einsatz für Demokratie: Walter-Lübcke-Preis auch an das MBT Kassel überreicht	51
6.9 Mobiles Beratungsteam Kassel erarbeitete Broschüre „Graue Wölfe und türkische Nationalisten“	52
6.10 Mitgliederzuwachs im Beratungsnetzwerk – Expertenpool wird immer größer	53
6.11 Leih-Ausstellung „RECHTSaußen – MITTENDrin“ und Poster-Alternative auch 2021 gefragt	53
6.12 Publikationen	54
6.12.1 Folder „Das Jahr in Zahlen 2020“ und ausführlicher Jahresbericht 2020	54
6.12.2. Neue Ausgaben der Zeitschrift „Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit“	55
6.13 Sonstiges	56
7. VERNETZUNG – AUSTAUSCH – WEITERENTWICKLUNG	57
7.1 Vernetzungstreffen	58
7.2 Austausch bei Treffen der Mobilen Beratungsteams	59
7.3 Qualitätszirkel-Treffen für die Weiterentwicklung	59
7.4 Treffen der Lenkungsgruppe – Strategie und Zukunftsfragen	59
7.5 Treffen der „Partnerschaften für Demokratie“	60
7.6 Weitere Treffen	60
7.7 Modulare Weiterbildungen sichern Professionalität	61
8. FINANZIERUNG	62
9. PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT	64
10. ANHANG Die Mitglieder des Beratungsnetzwerks Hessen / Expertenpool	67
IMPRESSUM	70

Auch in diesem Sinne möchte der vorliegende Jahresbericht 2021 informieren über die Aktivitäten, Tätigkeiten und Neuerungen des Beratungsnetzwerks Hessen und seiner Partner*innen. Die detaillierten Zahlen zu Beratung und Bildung zeigen einerseits den Problem- und Handlungsdruck auf, Berichte aus der Praxis geben andererseits einen hoffnungsvollen Einblick in die breite Palette von Angeboten verschiedener Träger in Hessen.

Wie immer gilt mein herzliches Dankeschön allen ehrenamtlich Engagierten und den zahlreichen Kolleginnen und Kollegen, unseren Partnern und Förderern von Bund und Land und auch sehr meinem Team des Demokratiezentrum in Marburg.

Ich wünsche allen eine erkenntnisreiche Lektüre!



Dr. Reiner Becker,
Leiter des Demokratiezentrum Hessen im
Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie
und gegen Rechtsextremismus

SOCIAL MEDIA
FOKUS AUF URSACHEN
REALITÄTSVERZERRUNG

BEGEGNUNG SCHAFFEN → EMPFANGER ORIENTIERT

DIVERSITÄT IM TEAM & IN DEN ZIELGRUPPEN

POLARISIERUNG DER GESELLSCHAFT
(ANSPRACHE)

BERATUNG
HEUTE & MORGEN

2. WER WIR SIND

ANAL

mediale
politisch

VERSCHIEDENE
BERÜCKSICHTIGEN

↳ WISSENSTRANSFER

↳ SENSIBILISIERUNG

↳ ROLLENBEWUSSTSEIN

↳ WEITERVERMITTLUNG

↳ KOOPERATIONEN

↳ FINANZIERUNG & RESSOURCEN

IT

behalten

LANG-
UNG STEB

Wie kann man Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und generell Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit wirkungsvoll begegnen, Betroffenen helfen und vorbeugen? Das ist zentrales Aufgabengebiet des „Beratungsnetzwerks Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“. Denn rechtsextreme Stimmungen an einer Schule, rassistische Parolen am Stammtisch, Neonazis im Jugendclub, antisemitische Schmierereien, Hasstiraden im Internet, Handgreiflichkeiten gegen Geflüchtete oder ähnliche Vorfälle gehören zum Alltag in vielen deutschen Kommunen. Auch in Hessen. Um solche Konflikte angemessen bewältigen zu können, bietet das „Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ professionelle Beratungshilfe an. Seit 2007 berät es hessenweit Schulen, Eltern und Familienangehörige, Kommunen, Vereine und andere Hilfesuchende in Fällen wie oben und bietet umfangreiche präventive Hilfe zur Stärkung der demokratischen Kultur an. Die professionelle Beratung ist individuell, qualifiziert, vertraulich und kostenlos.

Im Beratungsnetzwerk Hessen kooperieren zahlreiche relevante staatliche, nichtstaatliche und kirchliche Institutionen, Organisationen, Vereine, öffentliche und freie Träger aus ganz Hessen sowie landesweit eingesetzte mobile Beraterinnen und Berater.

Dieser kooperative „Expertenpool“ besteht aus derzeit 52 Mitgliedern (Stand: Juni 2022) – von der Antifaschistischen Bildungsinitiative und der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen, dem Landesverband der jüdischen Gemeinden, dem Landesverband Hessen Deutscher Sinti und Roma über die hessische Jugendfeuerwehr und verschiedene Ministerien bis zur Sportjugend oder den Kirchen – sowie mehr als 40 qualifizierten mobilen Beraterinnen und Beratern vor Ort.

Zentrale Anlauf-, Fach- und Geschäftsstelle des Beratungsnetzwerks ist das Demokratiezentrum Hessen, das an der Philipps-Universität Marburg (FB Erziehungswissenschaften) angesiedelt ist. Es vermittelt die Ansprechpartner vor Ort, koordiniert die Beratung, Vernetzung und Bildungs- und Präventionsmaßnahmen und dokumentiert die Arbeit des Beratungsnetzwerks Hessen. Zudem gibt es derzeit drei Regionalstellen: 2015 wurde eine Regionalstelle Nord-/Osthessen beim Mobilem Beratungsteam Hessen (MBT) in Kassel eingerichtet sowie 2016 eine Regionalstelle Süd (ursprünglich beim „Haus am Maiberg“ in Heppenheim), die seit Sommer 2021 in der Trägerschaft von „Jetzt! Verein für Beratung, Coaching und Bildung – aktiv für Demokratie e. V.“ in Darmstadt arbeitet. Eine weitere Regionalstelle für Osthessen in Fulda (unter der Trägerschaft des MBT Kassel) ist seit Frühjahr 2022 tätig.

Unsere Träger der Beratung 2021 – gefördert durch das Demokratiezentrum Hessen

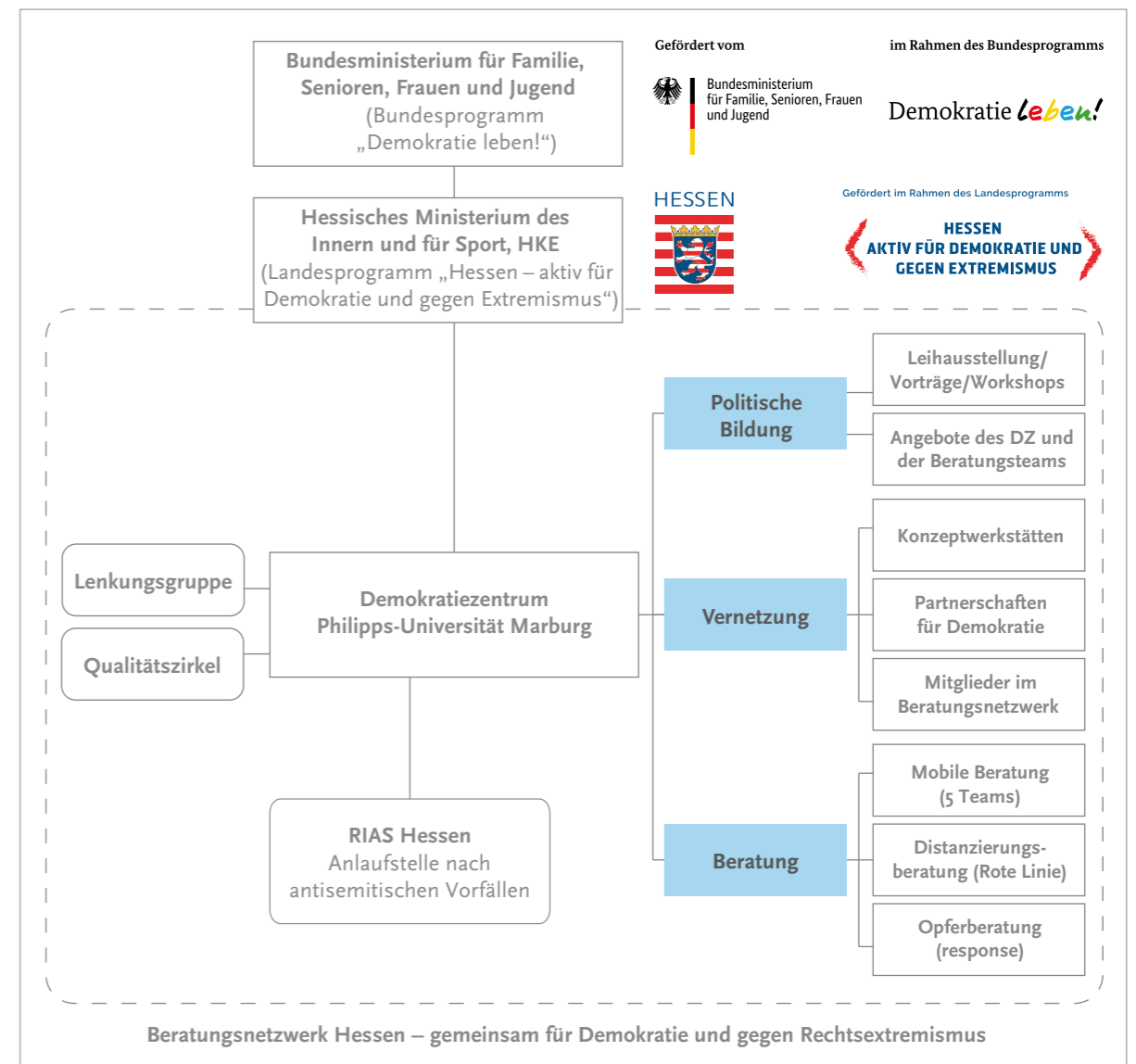
Mobile Beratung	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Regionalstelle Nord: Mobiles Beratungsteam gegen Rassismus und Rechtsextremismus – für demokratische Kultur in Hessen e. V. (MBT), Kassel ▶ Regionalstelle Ost: Mobiles Beratungsteam gegen Rassismus und Rechtsextremismus – für demokratische Kultur in Hessen e. V. (MBT), Fulda ▶ Regionalstelle Süd: Haus am Maiberg, Akademie für politische und soziale Bildung, Heppenheim; seit 01.07.2021 bei jetzt e. V., Darmstadt ▶ Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe), Frankfurt ▶ Jetzt! Verein für Beratung, Coaching und Bildung – aktiv für Demokratie e. V.
Opfer- und Betroffenenberatung	<ul style="list-style-type: none"> ▶ response – Beratung für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt
Distanzierungsberatung	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Rote Linie – Pädagogische Fachstelle Rechtsextremismus

Unter dem Dach des Demokratiezentrums an der Philipps-Universität Marburg arbeitet seit Frühjahr 2022 außerdem auch das Team der neuen Recherche- und Informationsstelle (RIAS) Hessen (siehe <https://rias-hessen.de/>). Sie ist landesweite Anlaufstelle nach antisemitischen Vorfällen und bietet fachliche Beratung und Informationen zum Thema Antisemitismus an.

Die Aufgabenbereiche des Demokratiezentrums Hessen im Jahr 2021 skizziert die Darstellung auf S. 8.

Finanziert wird die Arbeit des Beratungsnetzwerks und des Demokratiezentrums Hessen durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) sowie das Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ (beim Hessischen Ministerium des Innern und für Sport). Aufbau und Strukturen des Beratungsnetzwerks Hessen und die beteiligten Institutionen und Zuständigkeiten zeigt das folgende aktuelle Organigramm:

Internetadresse: <http://beratungsnetzwerk-hessen.de/>



Organigramm des Beratungsnetzwerks Hessen; HKE = Hessisches Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus

3. DAS JAHR IN ZAHLEN 2021: BERATUNG UND BILDUNG IN ZEITEN DER PANDEMIE

2021: Ein Jahr der Zäsur und der aufkommenden Zeitenwende? Das Ende der „Ära Merkel“, die Bildung einer neuen Koalition inmitten einer Krisenzeit, Corona-Pandemie und Querdenker, Flutkatastrophe und die immer deutlich wahrnehmbaren Zeichen des Klimawandels – 2021 war ein eindrückliches Jahr, in dem sich Problemlagen verdichteten. In Hessen erinnerte der erste Jahrestag nach dem rechtsterroristischen Anschlag von Hanau an die vielen offenen Wunden, die es zu behandeln gilt. Politisch motivierte Straftaten haben in der Coronazeit zugenommen, gerade durch Personen, von denen Sicherheitsbehörden sagen, sie seien zuvor nicht auf diese Weise in Erscheinung getreten (siehe BKA-Statistik „Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2021“ https://www.bka.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/Kurzmeldungen/220510_PMK_PK.html und <https://www.n-tv.de/politik/Politisch-motivierte-Kriminalitaet-nimmt-stark-zu-article23321736.html>). Brandanschläge auf Testzentren, Drohungen gegen Bürgermeister*innen, Antisemitismus auf Demos, Aufrufe zu Gewalttaten in Telegram-Kanälen und tragischerweise auch der tödliche Anschlag auf einen jungen Studenten und Tankstellenmitarbeiter in Idar-Oberstein. Zwischen diesen Extremen gab es auch solidarisches Miteinander, Widerworte und Haltung gegen Menschenfeindlichkeit. Die „bürgerliche Mitte“, sie fand sich manchmal an zwei verschiedenen Enden eines Spektrums.

Die Arbeit des Beratungsnetzwerkes Hessen besteht neben konkreter Beratung für ratsuchende Personen und Institutionen, neben Fortbildungsangeboten, Bildungs- und Präventionsmaßnahmen auch in der Vermittlung eines grundsätzlichen Verständnisses, was Demokratie bedeuten kann und wie das eigene Vorkommen und Wirken darin nicht geringgeschätzt werden sollte. Wie notwendig die aktive Partizipation der Gesellschaft für eine Demokratie ist, wird immer dann deutlich, wenn sie droht, sich in einer Polarisierung zu verlieren, wenn menschenfeindliche Einstellungen nur als Ventilfunktion kleingeredet und nicht bearbeitet werden.

Ähnlich wie im Vorjahr, wurde auch 2021 das öffentliche Leben noch durch die Pandemie bestimmt. Die Bildungs- und Präventionsveranstaltungen sind im Vergleich zu 2020 gestiegen, die Beratungsanfra-

gen sind hingegen ein weiteres Mal etwas zurückgegangen. Das erklärt sich auch dadurch, dass für die Bildungs- und Präventionsangeboten bereits 2020 einige Online-Formate entwickelt und etabliert wurden; die Beratungsarbeit findet aber klassischerweise durch den persönlichen Kontakt statt.

Den insgesamt 52 Mitgliedern ziviler und staatlicher Organisationen des Beratungsnetzwerks Hessen, den 43 mobilen Berater*innen sowie den 37 lokalen „Partnerschaften für Demokratie“ (Stand: Ende 2021) gelang es, trotz aller Einschränkungen effektiv weiterzuarbeiten.

Zum Beratungsnetzwerk Hessen

Ziel des Beratungsnetzwerks Hessen ist es, Hilfesuchende – betroffene Einzelpersonen, Schulen, Eltern, Familienangehörige, Kommunen und Vereine – in Fällen von Rechtsextremismus, Antisemitismus oder Rassismus kostenlos und aufsuchend zu beraten. Seit 2015 ist es außerdem zentrale Anlaufstelle für Fragen zur Prävention bzw. Demokratieförderung und Bildung bezüglich Rechtsextremismus und bietet dazu verschiedene Veranstaltungsformate an.

Im Beratungsnetzwerk kooperieren zahlreiche staatliche, nichtstaatliche und kirchliche Institutionen, Organisationen, Vereine, öffentliche und freie Träger aus ganz Hessen sowie landesweit tätige mobile Berater*innen, um gemeinsam rechtsextremistischen Bestrebungen zu begegnen und die Demokratie zu stärken. Als koordinierende Fach- und Geschäftsstelle fungiert das Demokratiezentrum Hessen, das an der Philipps-Universität Marburg angegliedert ist.

Gefördert wird die Arbeit des Beratungsnetzwerks und des Demokratiezentrums Hessen durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und das Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“.

Seit der Gründung des Netzwerks 2007 wurden insgesamt 1.742 Beratungsfälle und 735 Bildungs- und Präventionsmaßnahmen registriert. Hinzu kamen zahlreiche Veranstaltungen der lokalen „Partnerschaften für Demokratie“ (PfD) in hessischen Kommunen, die ebenfalls ein zentraler Teil der Vernetzung in Hessen sind.

Zum methodischen Vorgehen

Der folgende Überblick über die Beratungs- und Bildungsarbeit¹ des Beratungsnetzwerks im Jahr 2021 basiert auf der wissenschaftlichen Auswertung der fortlaufenden und anonymisierten Dokumentation aller Beratungs- und Bildungsprozesse durch das Demokratiezentrum Hessen. 2018 wurde das Verfahren zur Dokumentation von Beratungsfällen grundlegend überarbeitet: Das System wurde dem des Deutschen Jugendinstituts angepasst, das im Auftrag des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ bundesweit die Beratungsfälle erfasst und dokumentiert.

Berater*innen erfassen und kategorisieren Beratungsfälle und Bildungsangebote nach eigens standardisierten Verfahren und pflegen diese in eine Datenbank ein. Da Rechtsextremismus ein dynamisches Feld ist und „idealtypische“ Fälle und Verläufe selten in der Praxis vorkommen, werden einige dieser Fälle unter „Sonstiges“ gefasst, da sie zwar Überschneidungen mit bestehenden Kategorien haben, aber keine eindeutig zutrifft. Um auch diese transparent zu machen, werden in diesem Bericht einige der Fälle exemplarisch genannt.

¹ Die in der Vergangenheit verwendete Formulierung „Prävention“ für die zweite Aufgabensäule des Beratungsnetzwerks wurde ergänzt durch den Begriff „Bildung“, da er die Betätigung und Angebote des Netzwerks eindeutiger und klarer bezeichnet, die in der Praxis nur z. T. einen nachweisbaren präventiven Charakter und „vorbeugende“ Funktion haben (können).

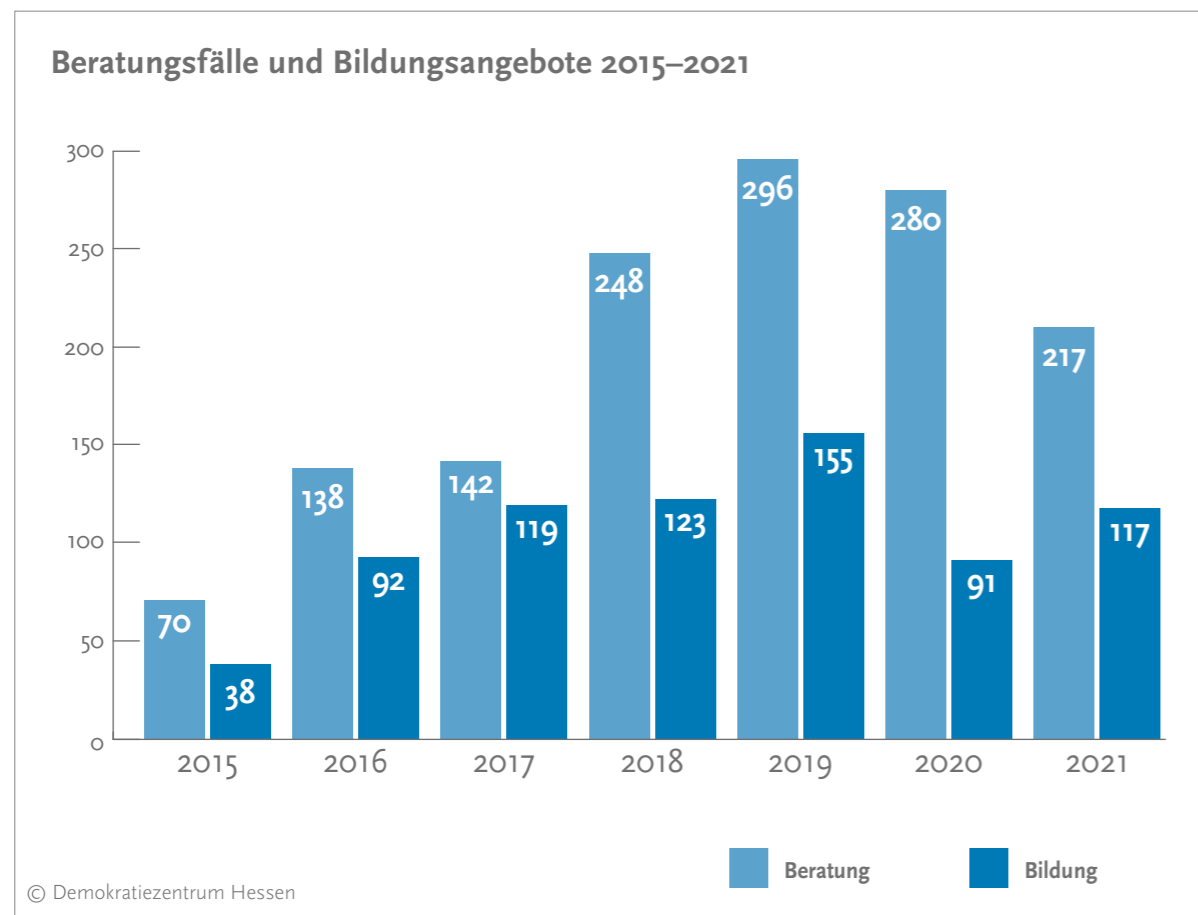


Abbildung 1: Vergleich der Zahlen der Beratungs- und Bildungsangebote von 2007–2021

3.1 Beratung

Die Beratungsbedarfe sind sehr unterschiedlich und umfassen eine große Spannweite gesellschaftlich akuter Problemlagen. Die folgenden Anfragen des letzten Jahres sollen exemplarisch einige dieser Problemlagen illustrieren:

- In einer Schule bilden sich kleine Gruppen, die sich voneinander abgrenzen und diskriminieren. Wie können Lehrer*innen die Situation deeskalieren, bevor es zu weiteren Konflikten kommt?
- In einer Gemeinde kommt es in immer kürzer werdenden Abständen zu „Anti-Coronamaßnahmen-Demos“ mit zunehmenden Teilnehmer*innenzahlen. Welche Handlungsstrategien kann die Kommune im Umgang damit entwickeln?
- Eine Person wird seit längerem von den Kolleg*innen am Arbeitsplatz rassistisch beleidigt und bedroht. Wie

kann die Sicherheit der betroffenen Person wiederhergestellt werden, welche anderen Beratungen können zusätzlich helfen?

- Medizinisches Personal hat sich während des Impftermins einer beratungsnehmenden Person antisemitisch geäußert. Was kann sie jetzt tun?
- Ein Verband hat sich für die Aufnahme von Geflüchteten stark gemacht und bekommt nun online hunderte beleidigende Kommentare. Wie soll er damit umgehen?

Das sind nur einige von vielen unterschiedlichen Beispielen und Fragen, warum sich Menschen 2021 an das Beratungsnetzwerk wandten. In allen Fällen ging es darum, den Hilfesuchenden vor Ort direkt, schnell, professionell und vertraulich sowie kostenfrei Rat und Unterstützung zu geben.

3.1.1 Leichter Rückgang der Beratungsfälle durch Coronapandemie auch in 2021

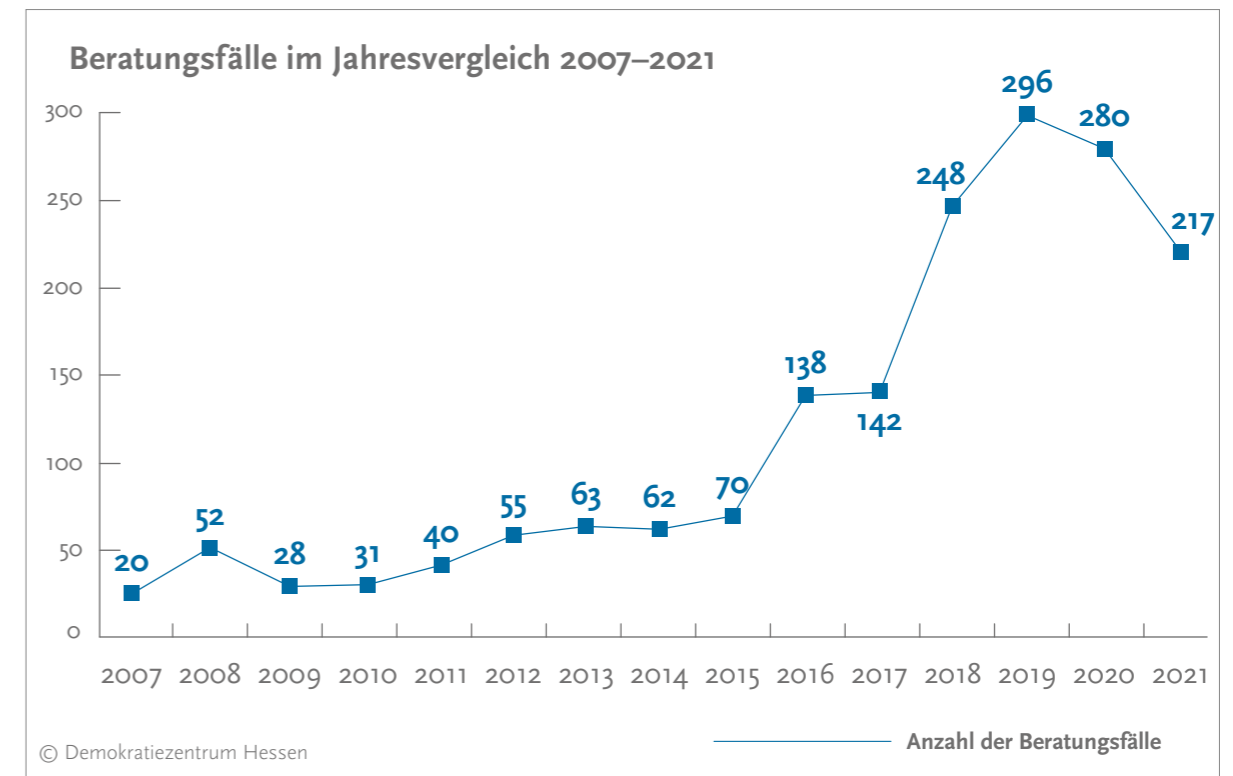


Abbildung 2: Beratungsfälle im Jahresvergleich 2007–2021

2021 wurde das Beratungsnetzwerk Hessen in insgesamt 217 Fällen für eine Beratung angefragt. Seit 2009 wird ein kontinuierlicher Anstieg der Beratungszahlen registriert: 2015 betrug die Zahl der Beratungsfälle 70, 2017 stieg sie bereits auf 142 sowie 2018 auf 248 an, 2019 waren es 296 und 2020 – durch die Coronapandemie bereits leicht rückgängig – 280 Fälle. Bei der angegebenen Fallzahl ist zu be-

rücksichtigen, dass auch 2021 zusätzlich Beratungsprozesse weitergeführt worden sind, die bereits im Vorjahr begonnen haben und in dieser Auswertung nicht enthalten sind. Jeder eingetragene Beratungsfall kann sowohl aus einem längeren Telefonat, aber auch einer kontinuierlichen Begleitung über Monate und ggf. Jahre bestehen.

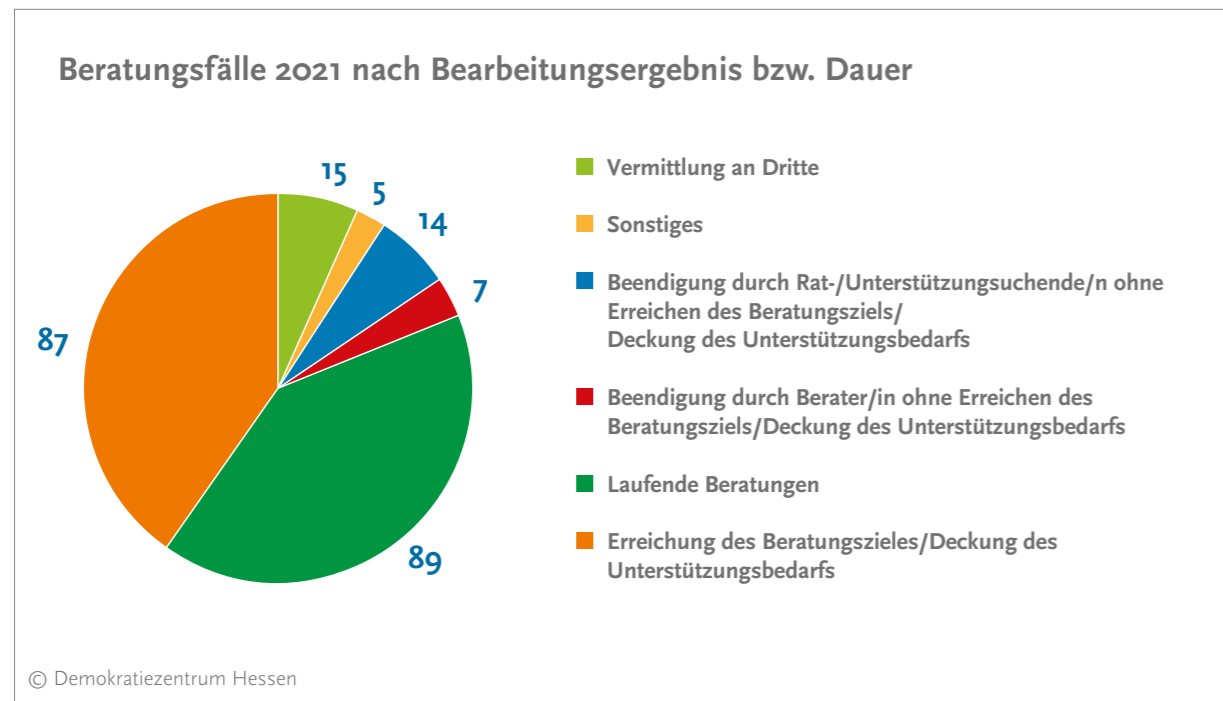


Abbildung 3: Beratungsfälle 2021 nach Bearbeitungsergebnis bzw. Dauer (N=217)

87 Beratungsfälle wurden im vergangenen Jahr mit der Erreichung des Beratungszieles, 15 mit der Vermittlung an Dritte abgeschlossen, einige wurden ohne Ergebnis von Seiten der Beratungsnehmer*innen oder Berater*innen abgeschlossen, 89 Beratungen werden fortgeführt.

Insgesamt waren die Berater*innen des Beratungsnetzwerks Hessen zwischen der Gründung Anfang 2007 und Ende 2021 hessenweit 1.742 Mal im Einsatz, um Menschen in Fällen von Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus oder Diskriminierung zu beraten.

3.1.2 Regionale Verteilung der Beratungen

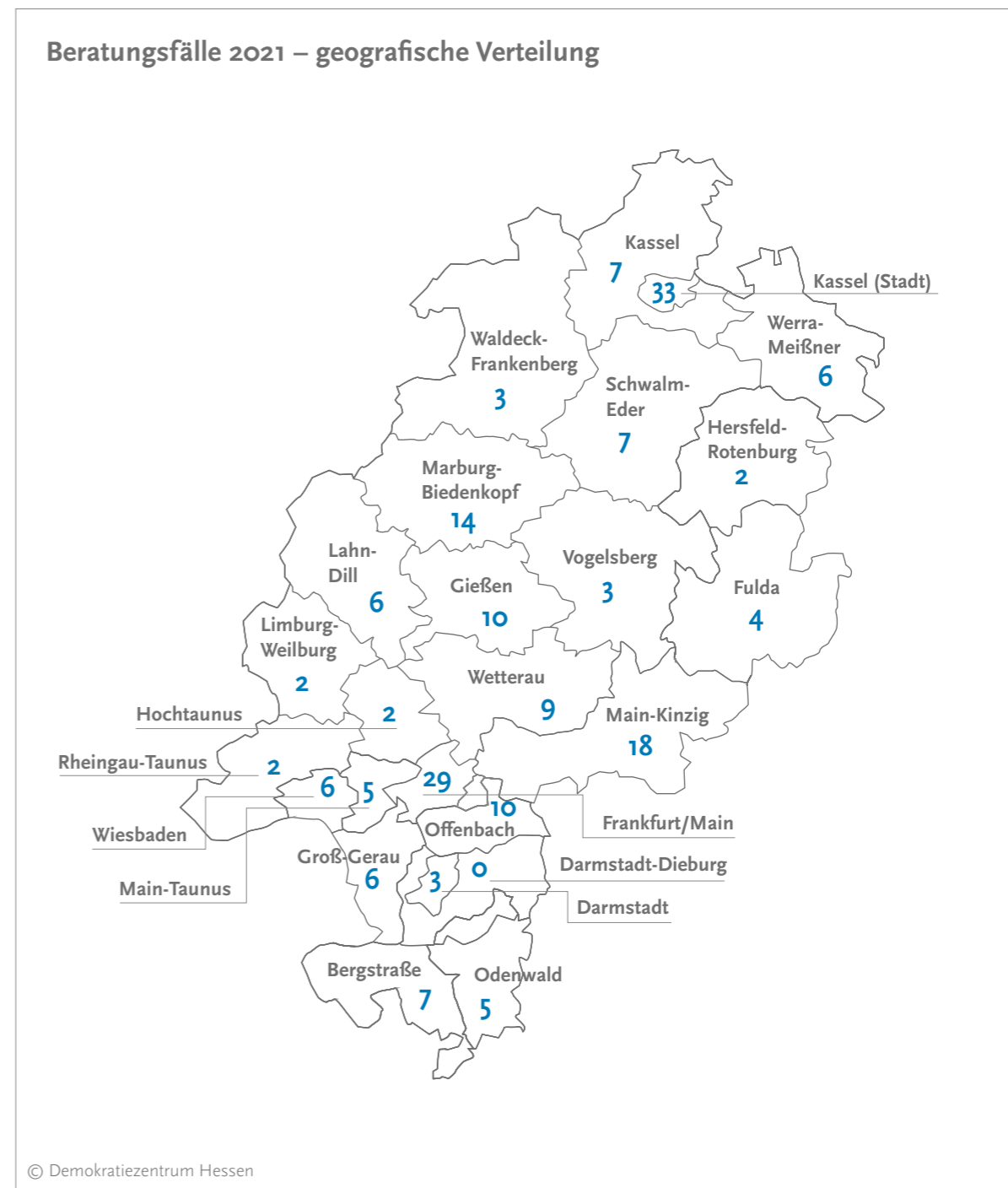


Abbildung 4: Beratungsfälle 2021 pro Landkreis (absolute Zahlen), hinzu kommen 12 Fälle, die landkreisübergreifend bearbeitet wurden, 6 Fälle wurden von den Teams keinem Landkreis zugeordnet

Ein Blick auf die Verteilung der Beratungsfälle nach Landkreisen zeigt, dass das Beratungsangebot des Beratungsnetzwerks Hessen grundsätzlich in ganz Hessen wahrgenommen wird. Doch immer gilt der folgende Hinweis: Die Zahlen zeigen nicht unbedingt die tatsächliche Belastung durch Rechtsextremismus und ihre ideologischen Elemente in einem Landkreis an; die Verteilung spiegelt zunächst nur wider, wo Menschen aktiv werden und sich externe Hilfe beim Beratungsnetzwerk Hessen holen. Hohe Zahlen in den einzelnen Landkreisen lassen auch auf eine erhöhte Sensibilität in der Bevölkerung sowie den höheren Bekanntheitsgrad des Beratungsnetzwerk Hessen schließen. Die hohen Fallzahlen 2021 in Kassel (Stadt), Frankfurt und im Main-Kinzig-Kreis (in dem Hanau liegt) verweisen auf die

kontinuierlichen Aktivitäten der dort tätigen Opferberatungsstelle „response“, insbesondere nach dem rechtsterroristischen Anschlag in Hanau. Die hohen Beratungszahlen in Stadt und Landkreis Kassel, ebenso die vielen landkreisübergreifenden (Online-) Beratungen, zeigen, wo das Mobile Beratungsteam (MBT) Kassel besonders aktiv war. Jetzt e.V. war vor allem im Wetteraukreis beratend tätig.

Auch der geografische Kontext bezüglich der Ortsgröße wurde in der Fall-Dokumentation näher erfasst. Demnach fanden 2021 die meisten Beratungen in einem großstädtischen und mittelstädtischen Kontext statt. Ansonsten verteilten sich die Anfragen eher in den (klein)städtischen Kontext; Beratungsanfragen aus dem dörflichen Umfeld fielen hingegen sehr gering aus.

Auf welchen geografischen Kontext bezog sich 2021 die Beratung/Unterstützung überwiegend?	Anzahl
kleine Großstadt (100.000 EW bis unter 500.000 EW)	59
Mittelstadt (20.000 EW bis unter 100.000 EW)	47
Kleinstadt (5.000 EW bis unter 20.000 EW)	42
große Großstadt (ab 500.000 EW)	26
Landgemeinde (1.000 EW bis unter 5.000 EW)	13
(Land-)Kreis/Gemeindeverband	11
bundesländerübergreifend	9
dörfliches Umfeld (500 bis 1.000 EW)	3
kreisgebietsübergreifend	3
Sonstiger	3
dörfliches Umfeld (200 bis 500 EW)	1

Tabelle 1: Verteilung der Beratungsfälle 2021 nach Ortsgröße

3.1.3 Beratungsnehmer*innen

Die Kategorien zur Erfassung und Dokumentation von Beratungsfällen ermöglichen auch einen detaillierteren Blick auf die Gruppe der Beratungsnehmer*innen. Demnach suchten 2021 am häufigsten Einzelpersonen und Betroffene die Beratung (33,3 %), danach Mitarbeiter*innen der Träger der

Kinder- und Jugendhilfe mit 9% und pädagogische Fachkräfte an allgemeinbildenden Schulen mit 8,2%. Viele der Beratungsnehmer*innen im Bereich der Pädagogik waren u.a. mit Problemen im Umgang der Coronapandemie konfrontiert.

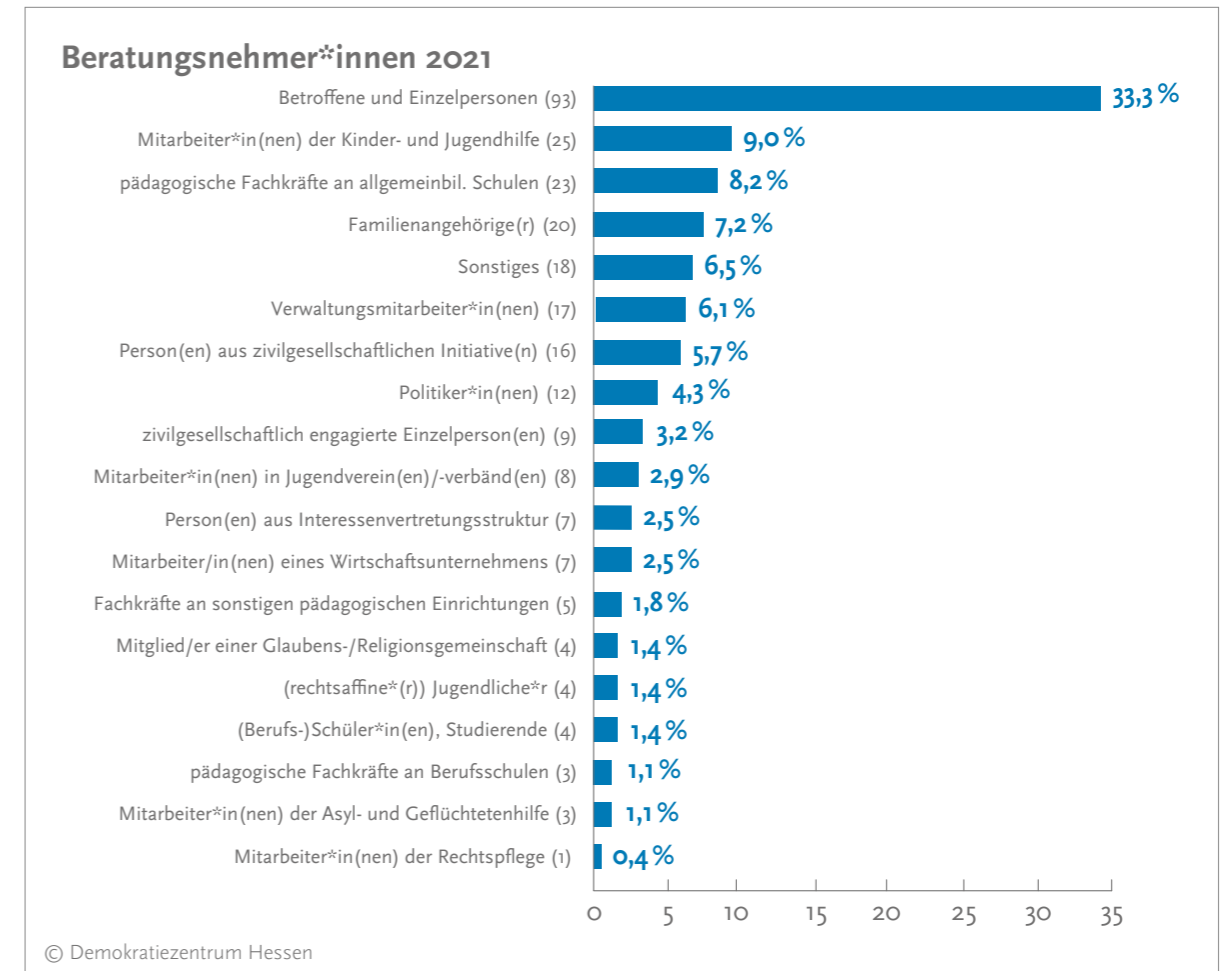


Abbildung 5: Wer wurde beraten? (Mehrfachnennungen möglich; N=279)

Auch die Beratungskontexte wurden eigens erhoben, d. h., worauf bezog sich die Beratung überwiegend? Im Jahr 2021 sind besonders Personen aus dem sozialen Nahraum (16,6 %) beraten worden, fast gleichauf mit Schulen, deren Beratungsanteil 15,2% ausmacht,

gefolgt von der Kategorie „Sonstiges“ (11,5%), bei der sich die Beratung auch 2021 häufig auf Familienangehörige, Zeug*innen und Betroffene bezieht. Die folgende Übersicht illustriert die sehr breit gefächerte und heterogene Beratungslandschaft 2021:

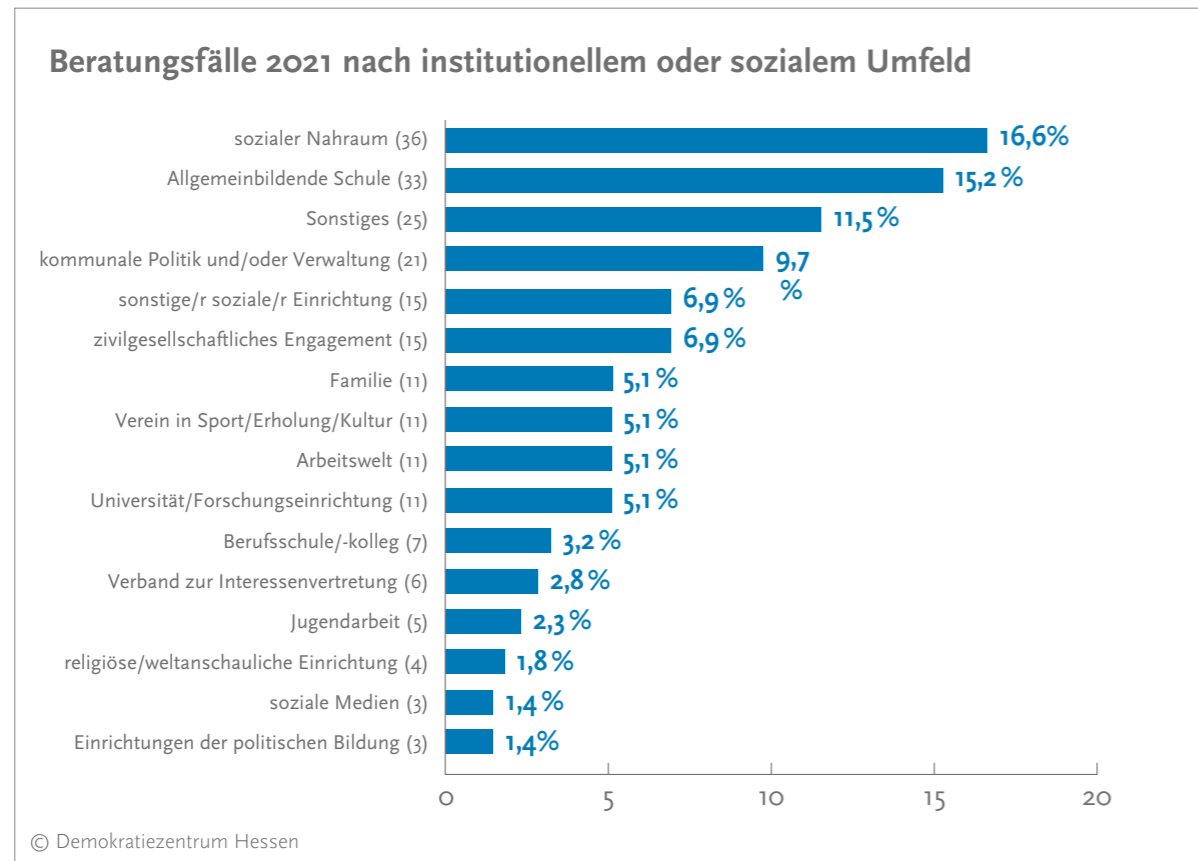


Abbildung 6: Institutioneller Bezug oder soziales Umfeld der Beratung (N=217)

3.1.4 Gründe und Anlässe der Beratung

Untersucht man die Anlässe für Beratungsanfragen näher, so können mithilfe des Dokumentationssystems zunächst unterschiedliche „Phänomenbereiche“ dargestellt werden, auf die sich die Beratung bezog (hierbei sind Mehrfachnennungen möglich). Es zeigt sich, dass vor allem Vorfälle vor dem Hintergrund von Rassismus, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus Anlass waren, warum Menschen 2021 beim Netzwerk um Rat suchten; gefolgt von Beratungsanfragen zu den Phänomenen Demokratiedistanz, Antisemitismus und weitere Phänomene Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF).

Die Kategorie „Einwanderungsfeindlichkeit“ wurde für die Auswertung in die Kategorie „Rassismus“ integriert, da die Unterscheidung in der Theorie und Praxis keine genügende Trennschärfe aufweist. Unter den Kategorien „Weitere Phänomene Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF)“ und „Andere Phänomene“ befinden sich vornehmlich „Verschwörungsideologien“ und „Reichsbürger*innen“, für die es noch keine eigenen Kategorien gibt, die aber Schnittmengen zu den Themen Antisemitismus, Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Rassismus aufweisen.

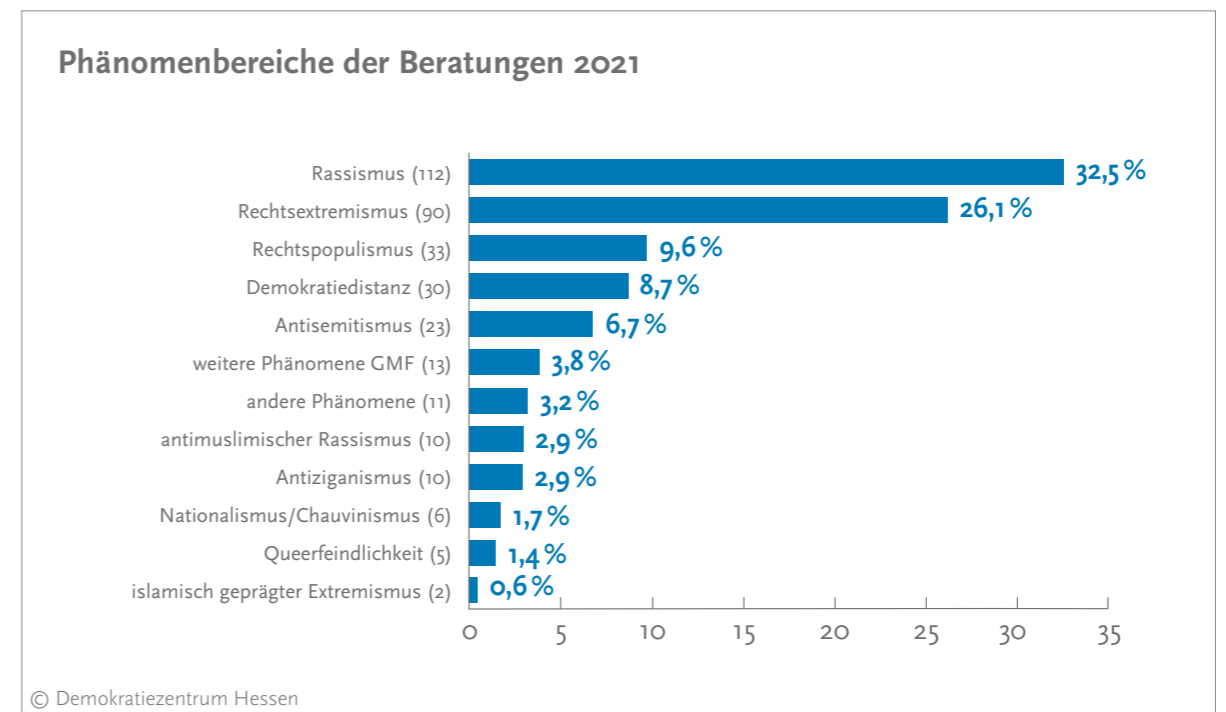


Abbildung 7: Phänomenbereich der Beratungsanfragen (Mehrfachnennungen möglich; N=345)

Rassismus, Rechtsextremismus und die anderen genannten Phänomene, auf die sich die Beratungen hauptsächlich bezogen, zeigen sich im Alltag auf vielfältige Weise, entsprechend unterschiedlich waren auch die konkreten Themen bzw. Gegenstände, die zu einer Beratungsanfrage führten. „Demokratisches Zusammenleben“ ist mit 45,7 % (2020: 11,2 %) sowohl prozentual als auch in absoluten Zahlen als Anlass für Beratung deutlich gestiegen, ebenso bleibt „Gewalt und Bedrohung“ mit 43,6 % (2020:

36,7 %) eines der am häufigsten genannte konkrete Beratungsanlass. Das Spektrum reicht hier von Formen physischer Gewalt gegen Personen über verbale Gewalt, Einschüchterungsversuche, Bedrohungen oder Hetze bis Sachbeschädigungen. Unter der drittgrößten Kategorie „Sonstiges“ (20 %, 2020: 15,1 %) sind beispielsweise Beratungen zum Thema Verschwörungsideologien, zu Mobbing oder auch Verweisberatungen an andere Organisationen enthalten. Auch „politische Diskurskultur“ (20%) und „indivi-

duelle politische Einstellungen“ (15,7 %) waren im vergangenen Jahr wieder im Mittelpunkt vieler Beratungen. „Agitation und Propaganda“ ist prozentual etwas häufiger Anlass für Beratung gewesen als noch 2020 (13,6 %, 2020: 7,1 %), aber in absoluten

Zahlen geringer als 2020. Darunter waren die Anlässe der Beratung z. B. Querdenker-Demos, Umgang mit Reichsbürgern und Verschwörungserzählungen bzgl. der Pandemie.

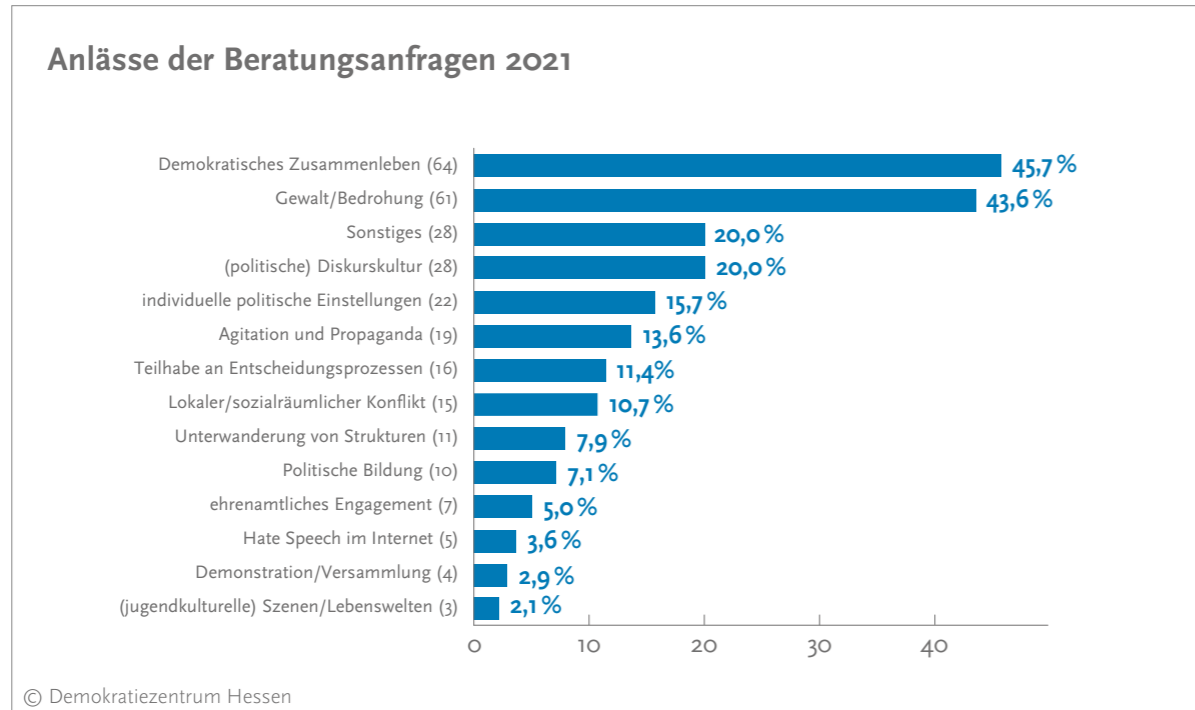


Abbildung 8: Hauptsächlicher Gegenstand der Beratungen 2021 (max. 2 Nennungen möglich; N=140)

3.1.5 Art der Beratungsleistungen

Die Beratungsarbeit ist sehr vielfältig. Die unterschiedlichen Beratungs- und Unterstützungsleistungen des hessischen Netzwerks wurden auch für 2021 standardisiert erfasst und verdeutlichen, wie facettenreich das Spektrum der unterschiedlichen einge-

setzten Methoden für eine gelingende Beratung ist – vom klassischen Beratungsgespräch über Recherchen, Coachings bis hin zu Organisationsentwicklungsprozessen; siehe dazu folgende Tabelle:

Art der Beratungsleistungen 2021	Anzahl
Beratungsgespräch	157
Auskunft/Informationsvermittlung	75
Recherche/Lageeinschätzung	34
Entwicklung von Handlungsstrategien	33
Verweisberatung	25
Durchführung von Fortbildungen/Workshops/Trainings/Schulungen	20
Krisen-/Konfliktmanagement	9
Koordination und Vernetzung	8
Sonstiges	8
Organisationsentwicklung (z.B. für Bürgerbündnisse/Netzwerke)	7
Projekt-/Maßnahmeentwicklung	7
Reflexion des Beratungs-/Unterstützungsprozesses	7
Durchführung von/Teilnahme an Informations-/Aufklärungsmaßnahmen/-veranstaltungen (z.B. Vortrag, Fach-/Podiumsgespräch)	6
Coaching	5
(Konflikt-)Moderation	4

Tabelle 2: Art der Beratungs- und Unterstützungsleistungen und Angebote 2021 (Mehrfachnennungen möglich; N=405)

3.2 Bildungs- und Präventionsangebote

Während Beratungen anlassbezogen und prozessorientiert verlaufen, handelt es sich bei Bildungs- und Präventionsveranstaltungen oftmals um kurzzeitige und anlassunabhängige Angebote. So kann beispielsweise nach einem rechtsextremen Vorfall an einer Schule ein Fortbildungsworkshop für Lehrer*innen gezielt angefragt werden, die Beratungsteams können aber auch direkt von den unterschiedlichen Zielgruppen für eine Veranstaltung angefragt werden, ohne dass ein konkreter Vorfall Anlass für die Anfrage sein muss.

Seitdem im Jahr 2015 explizit auch Bildungs- und Präventionsangebote in das Aufgabenfeld des Beratungsnetzwerks aufgenommen wurden, ist deren Anzahl, mit Ausnahme des coronabedingten Einschnitts in den Jahren 2020 und 2021, kontinuierlich gestiegen. 2021 wurden allerdings wieder 26 Bildungs- und Präventionsveranstaltungen mehr durchgeführt als 2020, das liegt u.a. auch daran, dass die Online-Angebote eine größere Nachfrage bekamen.

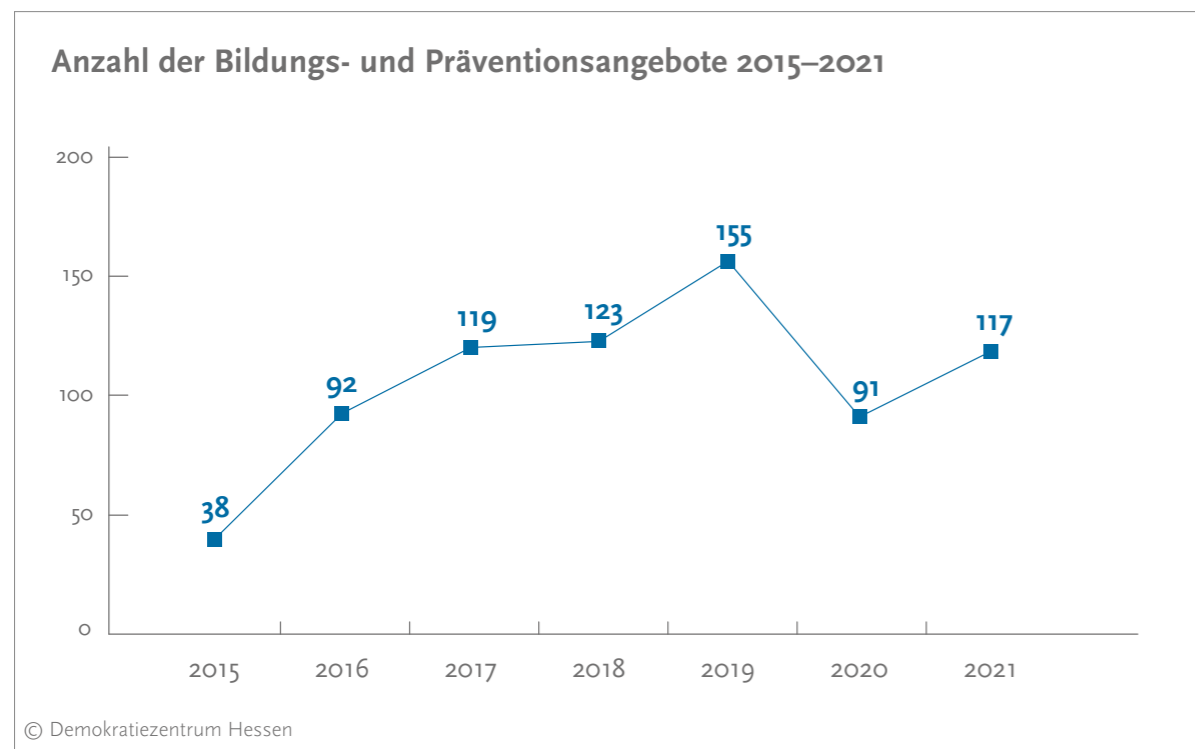


Abbildung 9: Erneuter Anstieg der Nachfrage nach Bildungs- und Präventionsveranstaltungen

3.2.1 Zielgruppen und Umfeld der Bildungsveranstaltungen

Bei den Zielgruppen der Bildungsveranstaltungen sind 2021 Personen aus zivilgesellschaftlichen Initiativen wie im Vorjahr die größte Zielgruppe geblieben (15,4%), gefolgt von Trägern der Kinder- und Jugendhilfe (12,8%) und anderen pädagogischen Einrichtungen (9,6%). Dass die Angebote vor allem aus

dem pädagogischen Bereich, also von pädagogischen Fachkräften, Mitarbeiter*innen der Kinder- und Jugendhilfe und sonstiger pädagogischer Einrichtungen, wahrgenommen werden, blieb auch im letzten Jahr unverändert, siehe folgende Tabelle:

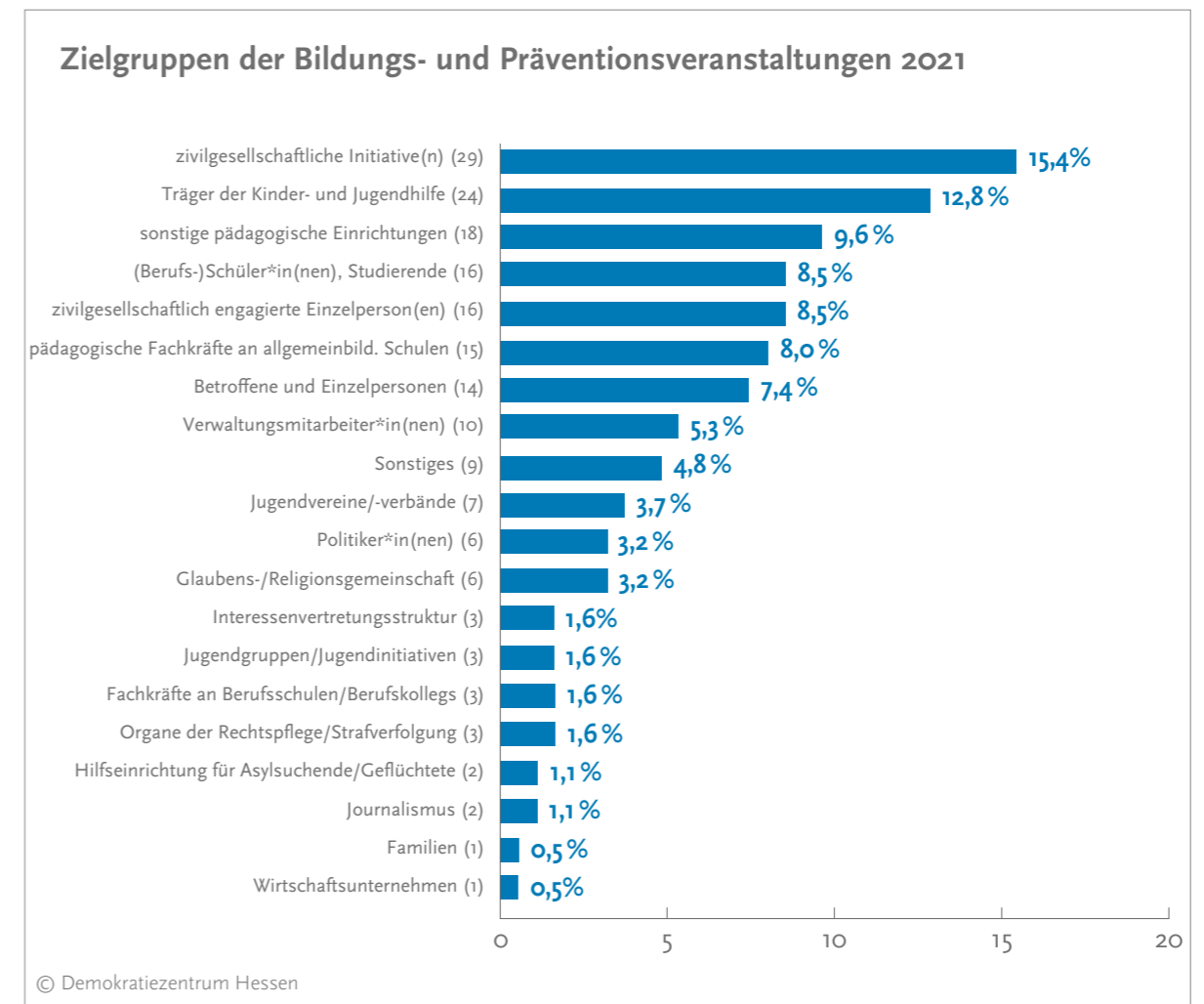


Abbildung 10: Zielgruppen der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen 2021 (Mehrfachnennungen möglich; N=188)

Die Erhebung des Bezugsrahmens der Bildungsveranstaltungen zeigt für 2021, dass besonders die Einrichtungen der politischen Bildung (14,5 %) und Hochschulen (Universitäten, Forschungseinrichtungen) (12,8 %) die häufigsten Bildungskontexte waren, in denen Veranstaltungen stattgefunden haben, ebenso lokale und regionale Strukturen zivilgesellschaftlichen und ehrenamtlichen Engagements (11,1 %) und kommunale Politik und Verwaltung (6,8 %).

Im Jahr zuvor hatten die Allgemeinbildenden Schulen bei einer Gesamtfallzahl von 91 mit 18 Veranstaltungen noch einen Anteil von 19,8 %. Dieser ist aufgrund der bestehenden Beschränkungen auch 2021 deutlich zurückgegangen (9,4%). Hochschulen haben mit einer mehr als doppelt so hohen Fallzahl wie noch 2020 deutlich als Bildungskontext zugenommen (2021: 12,8%, 15 Fälle; 2020: 7,7%, 7 Fälle).

3.2.2 Art der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen

Überwiegend wurden Fortbildungen, Workshops, Trainings und Schulungen durchgeführt (60%), Form von (vermehrt digitalen) Vorträgen und Podiumsgesprächen (12,9 %), und von anderen Formaten der Informationsvermittlung (10,7 %).



Abbildung 11: Institutionelles oder soziales Umfeld der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen 2021 (N=117)

Art der Bildungs- und Präventionsveranstaltung(en) 2021	Anzahl
Durchführung von Fortbildungen/Workshops/Trainings/Schulungen	84
Durchführung von/Teilnahme an Informations-/Aufklärungsmaßnahmen/-veranstaltungen (z.B. Vortrag, Fach-/Podiumsgespräch)	18
Auskunft/Informationsvermittlung	15
Entwicklung von Handlungsstrategien	5
Koordination und Vernetzung	5
Recherche/Lageeinschätzung	5
Coaching	3
Projekt-/Maßnahmeentwicklung	2
Beratungsgespräch	1
Öffentlichkeitsarbeit (z.B. Filmreihe) und Lobbying	1
Reflexion des Beratungs-/Unterstützungsprozesses	1

Tabelle 3: Bildungs- und Präventionsformate 2021 (Mehrfachnennungen möglich; N=140)

3.2.3 Themen der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen

Betrachtet man die Phänomenbereiche, auf die sich die Bildungs- und Präventionsangebote bezogen haben, so zeigt sich, dass wie im Vorjahr insbesondere Veranstaltungen und Informationen zu den Oberthemen Rechtsextremismus (29,9%, 2020: 33,1 %), Rassismus (22,3%, 2020: 21,4 %) und Rechtspopulismus (13,6%, 2020: 19,62 %) nachgefragt wurden.

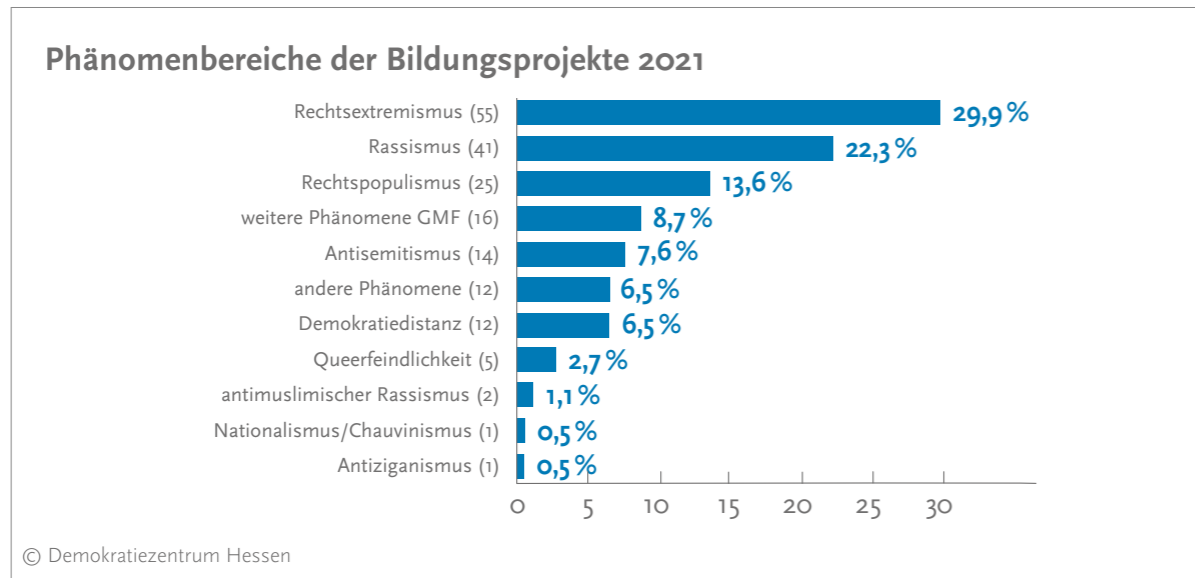


Abbildung 12: Phänomenbereich der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen 2021 (Mehrfachnennungen möglich; N=184)

Innerhalb dieser Phänomenbereiche wurden folgende Themen konkret behandelt: Die ersten drei Stellen teilen sich „demokratisches Zusammenleben“, „Sonstiges“ und „politische Bildung“ jeweils mit 18,1%. Unter der Kategorie „Sonstiges“ finden sich

Themen zu Rechtsextremismus, Verweisberatung, Mediennutzung und vermehrt Verschwörungsideologien. Ansonsten illustriert die folgende Grafik die thematische Bandbreite der Bildungsangebote:

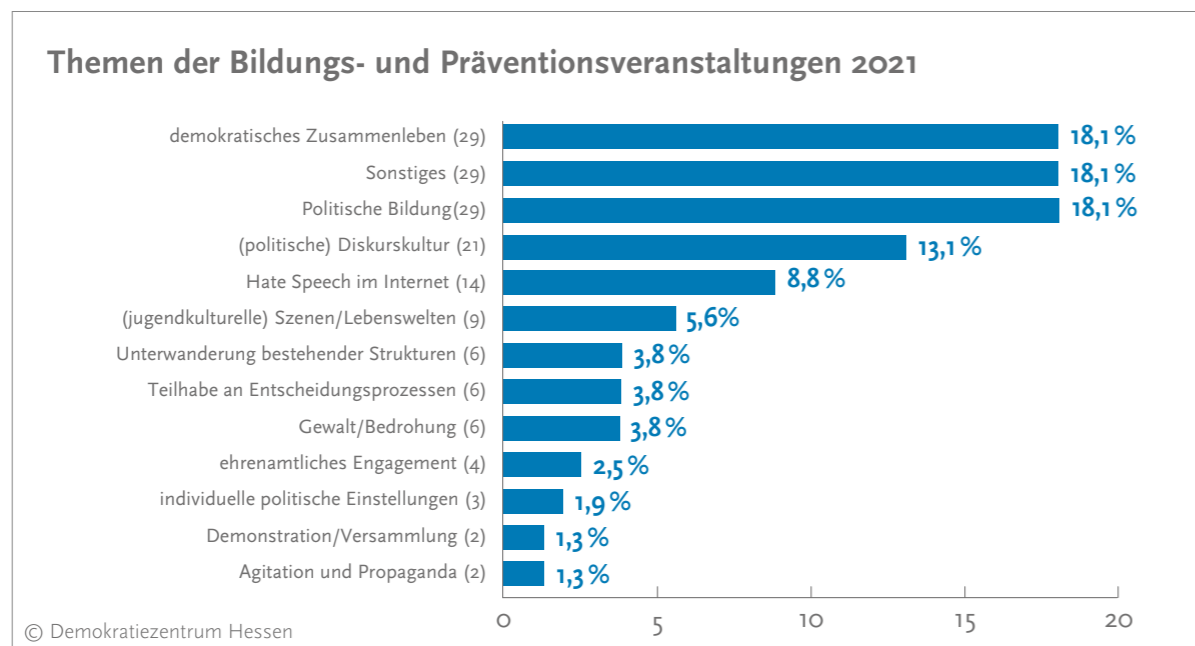


Abbildung 13: Themen der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen 2021 (max. 2 Nennungen möglich; N=160)

3.2.4 Regionale Verteilung nach Landkreisen

Das Haus am Maiberg hat wie im Vorjahr auch 2021 landkreisübergreifend und an der Bergstraße viele Fortbildungen und Workshops durchgeführt, ebenso war die pädagogische Fachstelle Rechtsextremismus „Rote Linie“ landkreisübergreifend und in Marburg-Biedenkopf besonders aktiv. Das MBT-Kassel hat zusätzlich zu seinen analogen Angeboten auch landkreis- bzw. bundesländerübergreifend Online-Fortbildungen und Workshops durchgeführt. Auch die

Kolleg*innen von DeGeDe konnten die erhöhte Nachfrage nach Online-Veranstaltungen landkreisübergreifend bearbeiten.

Die folgende Landkarte der Verteilung der Bildungs-, Informations- und Präventionsangebote 2021 zeigt, dass hessenweit nahezu flächendeckend solche Maßnahmen nachgefragt wurden – ergänzt durch die zahlreichen, hier nicht aufgeführten Projekte der 37 hessischen „Partnerschaften für Demokratie“.

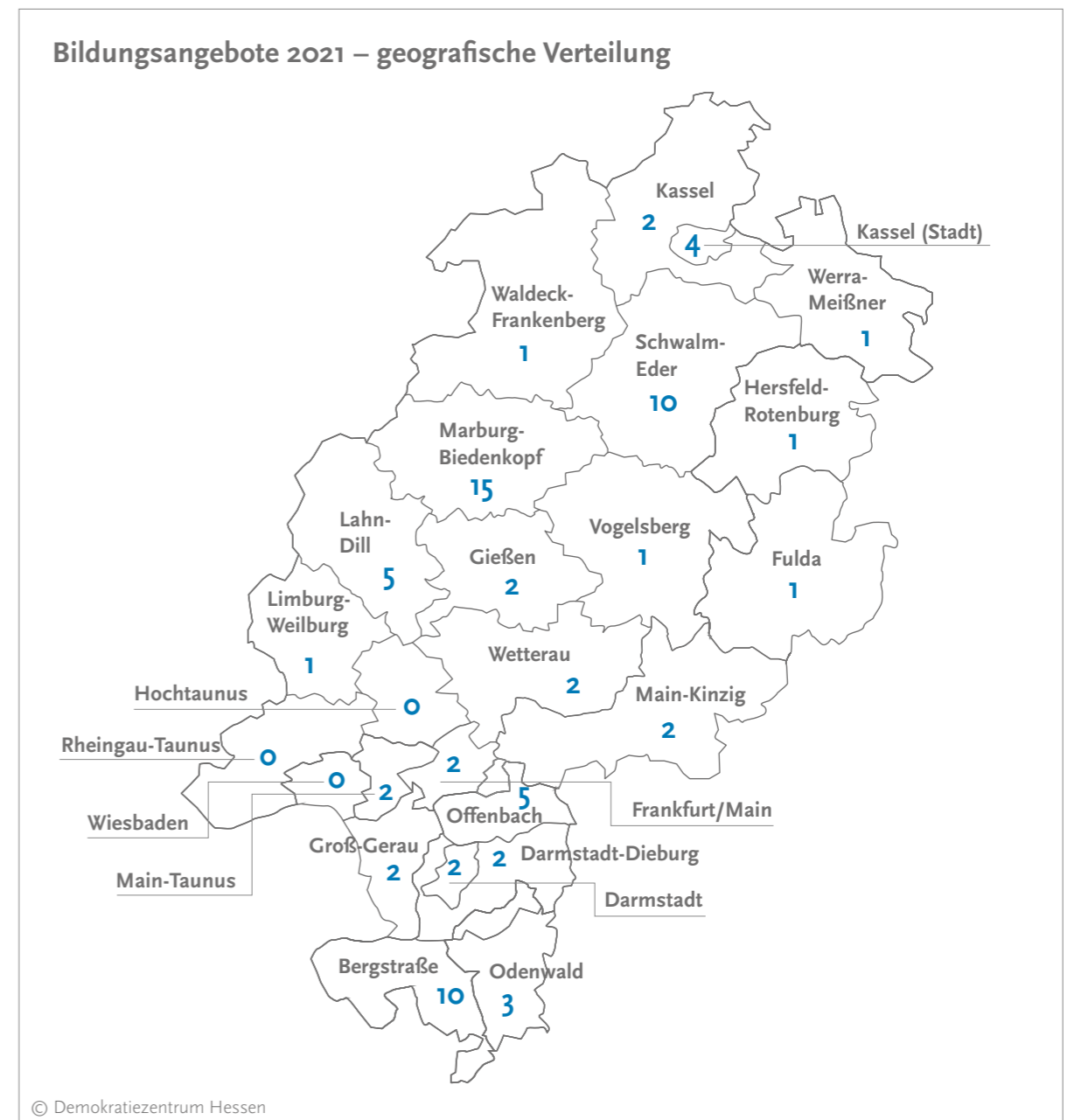


Abbildung 14: Verteilung der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen nach Landkreisen (absolute Zahlen); 44 Angebote fanden landkreisübergreifend statt, 5 Angebote wurden keinem Landkreis zugeordnet

Auch der geografische Kontext bezüglich der Ortsgröße wurde in der Fall-Dokumentation näher erfasst. Demnach fanden 2021 die meisten Bildungs-, Informations- und Präventionsveranstaltungen kreisgebietsübergreifend statt, aber auch kleinere Gemeinden nahmen die Angebote in Anspruch.

Auf welchen geografischen Kontext bezog sich 2021 die Bildungs- oder Präventionsveranstaltung überwiegend?	Anzahl
kreisgebietsübergreifend	38
Mittelstadt (20.000 EW bis unter 100.000 EW)	21
(Land-)Kreis/Gemeindeverband	17
Kleinstadt (5.000 EW bis unter 20.000 EW)	12
kleine Großstadt (100.000 EW bis unter 500.000 EW)	11
bundesländerübergreifend	9
Sonstige	3
dörfliches Umfeld (500 bis 1.000 EW)	2
große Großstadt (ab 500.000 EW)	2
dörfliches Umfeld (200 bis 500 EW)	1
Landgemeinde (1.000 EW bis unter 5.000 EW)	1

Tabelle 4: Verteilung der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen 2021 nach Ortsgröße

3.3 Herausforderungen, Chancen und Perspektiven aus der Sicht der Berater*innen

Es gab 2021 aufgrund neuer Verordnungen, Inzidenzzahlen und einer generellen Unsicherheit bezüglich des Infektionsgeschehen viele kurzfristige Absagen von Veranstaltungen und Beratungen, die die notwendige Planungssicherheit der Beratungs- und Bildungsarbeit erschwert haben. Dort, wo es möglich war, konnten bereits entwickelte Online-Formate aus 2020 weitergeführt werden, ebenso wurden weitere Veranstaltungen ins Digitale übersetzt. Aber je nach Komplexitätsgrad eines Themas, Erfordernis eines persönlichen Austausches oder technischer Voraussetzung ist ein Ausweichen auf digitale Kommunikation nicht möglich oder sinnvoll gewesen. Die Begleitung von Betroffenen von Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und anderen Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) benötigt einen vertraulichen, sensiblen Rahmen und eine Form der Beziehungsebene zwischen Beratenden und Beratungsnehmer*innen, in der andauernde geographische Distanz eine Störung darstellen kann. Für analoge Beratungen und Bildungsveranstaltungen gab es Hygienekonzepte, die von den Teams entwickelt und umgesetzt wurden. Telefonische Beratungen, entweder als Erfordernis durch das Infektionsgeschehen oder weil es der gewünschte Modus der Beratungsnehmenden war, liefen 2021 problemlos weiter.

Viele Anfragen bezogen sich auf Verschwörungs-ideologien, Umgang mit Konflikten in der Pande-

miesituation, Diskriminierung und Gewalt in und durch staatliche und nichtstaatliche Institutionen, aber auch auf neue Bedrohungslagen, die sich während der Pandemie zusätzlich zu den bestehenden gezeigt haben.

Perspektivisch wird Rassismus im Feld der frühkindlichen Pädagogik und des Jugendalters (z.B. in der Schule oder im Sport) ein Thema sein, da es 2021 vermehrt angefragt wurde, ebenso werden Betroffene des rechtsterroristischen Anschlags von Hanau sowohl während des Untersuchungsausschusses als auch in der Beratung weiterhin begleitet.

Antisemitismus, der 2021 oft mit Verschwörungs-ideologien aufgetreten ist, aber keineswegs nur dort zu finden war, wird sowohl mit der „Konzeptwerkstatt Antisemitismus“ als auch mit der seit Frühjahr 2022 am Demokratiezentrum angesiedelten Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Hessen in einem größeren Kreis von Expert*innen im Hinblick auf historische, gegenwärtige und strukturelle Linien besprochen werden, ebenso die Frage, mit welchen Ansätzen diesen lösend zu begegnen ist.

Überdies kündigten sich vergangenes Jahr kontroverse thematische Zusammenschlüsse um die Bereiche Wissenschaft, Esoterik, Demokratie, Landwirtschaft und Gesundheitspolitik an, deren „rechte/demokratiefeindliche Merkmalsausprägungen“ im kollegialen Austausch bearbeitet werden sollen.

„Querdenker“-Bewegung auf dem Vormarsch



MONITORING-BERICHT Rechtsextremismus in Hessen

Vorbemerkungen

Wo und wie macht sich die rechte Szene in Hessen bemerkbar? Wo gibt es aktuell Vorfälle oder Hinweise auf rechtsextreme Aktivitäten und Auffälligkeiten? Um stets eine aktuelle Bestandsaufnahme von Vorfällen und Ereignissen im Themenfeld Rechtsextremismus in Hessen sowie einen laufenden Überblick zu erhalten, stellt das Demokratiezentrum Hessen regelmäßig sogenannte Monitoring-Berichte zusammen. Sie dokumentieren unterschiedliche Vorkommnisse, Aktivitäten und Auffälligkeiten im Bereich Rechtsextremismus und aus dem rechten Milieu sowie damit einhergehende antidemokratische und menschenfeindliche Vorkommnisse, Aktivitäten und Auffälligkeiten in Hessen in einem bestimmten Zeitraum.

Die Monitoring-Berichte erscheinen in regelmäßigen Abständen – in der Regel zweimonatlich, also sechs Mal im Jahr. Seit 2019 stellen wir die neu gestalteten Berichte, die als Online-Ausgaben erstellt werden, auch auf unserer Website der Öffentlichkeit zur Verfügung.

Die Monitoring-Berichte dienen auch der täglichen Arbeit im Beratungsnetzwerk, um evtl. im Bedarfsfall auf Betroffene zuzugehen und ggf. Beratung an-

zubieten oder über die ermittelnden Polizeidienststellen und Sicherheitsbehörden den Betroffenen Informationen über weitere Angebote zukommen zu lassen.

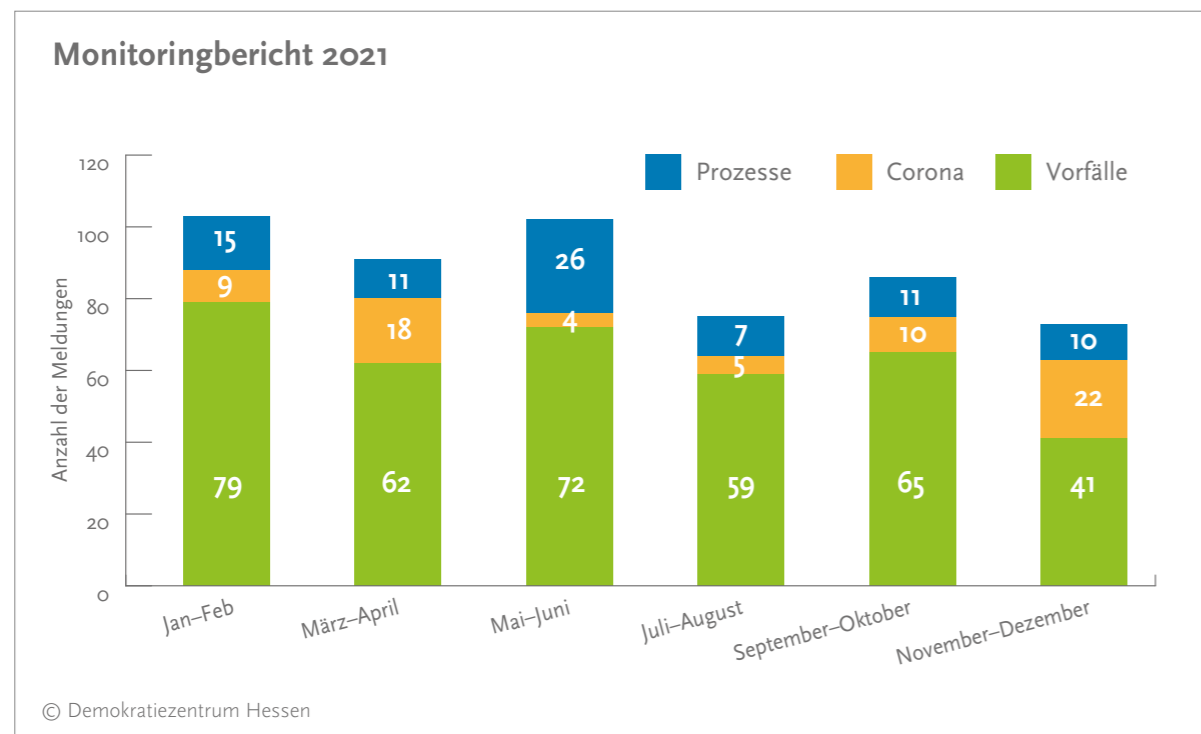
Grundlage der Monitoring-Recherchen sind öffentlich zugängliche, offizielle und selbst recherchierte Quellen wie Polizeiberichte, Presse- und Medienberichte, Internetpräsenzen und Beiträge in sozialen Netzwerken.

Die Monitoring-Berichte werden seit 2019 vom Frankfurter Medienbüro „achtsegel.org“ im Auftrag des Demokratiezentrums Hessen im „Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ recherchiert und erstellt. Die jeweils verwendeten Quellen sind in den Monitoring-Berichten, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, unter bzw. neben den einzelnen Texten angegeben.

Hier nun eine zusammenfassende kurze Jahresbilanz unserer Monitoring-Berichte im Jahr 2021 mit den wichtigsten Eckpunkten:

4. AUSWERTUNG DER MONITORING- BERICHTE IM JAHR 2021

Mehr als 500 Meldungen wurden gesammelt und erfasst



Die in den sechs Monitoring-Berichten 2021 registrierten Meldungen aufgeschlüsselt nach rechten Vorfällen, Aktivitäten bzw. Auffälligkeiten in Hessen (grün), Vorfällen mit Coronaprotest-Bezug (orange) und staatlichen Ermittlungen/Prozessen (blau).

2021 umfasste das Monitoring insgesamt 526 Meldungen. Davon waren 446 Meldungen zu rechten bzw. rechtsextremen Aktivitäten und Vorfällen mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, und 80 Meldungen betrafen diesbezügliche Prozesse und Ermittlungen. Insgesamt wurden 145 Vorfälle gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit erfasst.

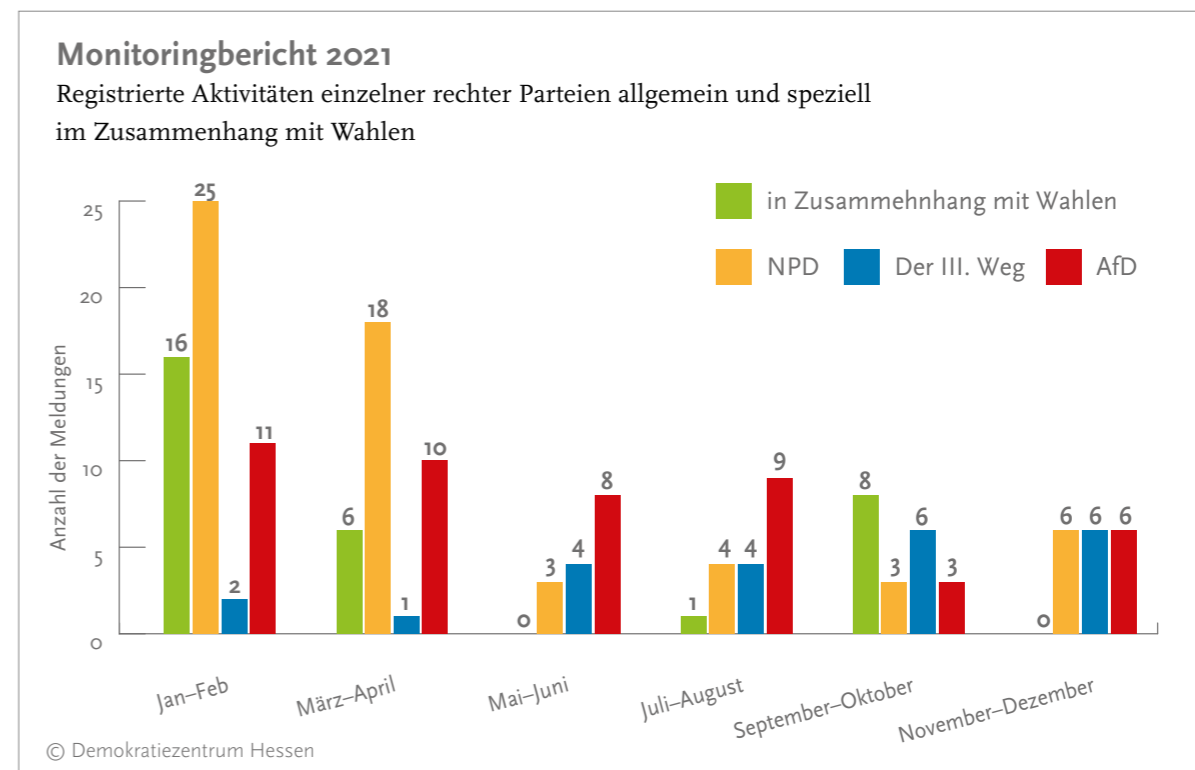
Corona-Proteste

68 Meldungen von Veranstaltungen von Gegner*innen der Maßnahmen in der Corona-Pandemie bzw. Impfgegner*innen bezogen sich insbesondere auf rechtsextreme Aktivitäten oder auf Vorfälle gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bei den Protesten. Liefen in der ersten Jahreshälfte 2021 noch viele Proteste unter dem Label „Querdenker“, verlagerte sich gegen Ende des Jahres die Protestform mehr und mehr auf nicht angemeldete sogenannte „Spaziergänge“. Diese waren häufig kleiner, lokaler und in höherer Frequenz als die „Querdenker“-Demonstrationen 2020 und Anfang 2021. Auf vielen

67 Vorfälle hatten einen rassistischen, 46 Fälle einen antisemitischen und 15 einen homosexuellenfeindlichen Hintergrund. Da das Monitoring vornehmlich öffentlich bekannt gewordene Vorfälle sowie Meldungen, die an die Redaktion gingen, erfasst, ist von einer hohen Dunkelziffer auszugehen.

Veranstaltungen wurden antisemitische Verschwörungserzählungen und Reichsbürgerideologie verbreitet. Immer wieder nahmen auch Akteur*innen aus der rechten Szene und von rechten Parteien an den Demonstrationen teil. Am 20. März fand unter dem Motto „Freie Bürger Kassel – Grundrechte und Demokratie“ mit 20.000 Teilnehmenden die größte Demonstration von Maßnahmengegner*innen in Hessen statt. Während des Demonstrationzuges durch die Kasseler Innenstadt kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Gegendemonstrant*innen, Journalist*innen und mit der Polizei.

Ergebnisse von Parteien des rechten Milieus bei Wahlen



Bei der hessischen Kommunalwahl am 14. März 2021 und der Bundestagswahl am 26. September 2021 waren aus dem rechten Spektrum die AfD und die NPD angetreten. Bei der Bundestagswahl kandidierte zudem die Partei „dieBasis“ aus der Szene der Maßnahmengegner*innen. Die NPD erlitt bei beiden Wahlen Verluste bei den Stimmanteilen. Obwohl die NPD bei der Kommunalwahl eine Strategie wählte, sich aus der Fläche zurückzuziehen und sich im Wahlkampf auf ihre (ehemaligen) Hochburgen in der Wetterau zu konzentrieren, erlitt sie auch dort starke Stimmenverluste im Vergleich zur Kommu-

nalwahl 2016. Bei der hessischen AfD ließ sich 2021 eine weitere Verschiebung nach rechts feststellen, die sich nicht zuletzt im November in der Wahl des neurechten Landtagsabgeordneten Andreas Lichtert zum Co-Vorsitzenden zeigte. Bereits im Vorfeld der Kommunalwahl wurden auf den Wahllisten der AfD mehrere Kandidaten entdeckt, die Verbindungen zur rechten Szene hatten. Die rechtsextreme Kleinpartei „Der III. Weg“ ist zu keiner der Wahlen 2021 in Hessen angetreten. Die Partei ist allerdings weiterhin in Hessen aktiv und beteiligte sich im November und Dezember verstärkt an den Corona-Demos.

Aktivitäten der Neuen Rechten

Auch neurechte Akteure waren im vergangenen Jahr in Hessen aktiv. Am 1. Juli startete das neurechte Onlineprojekt „GegenUni“. Das Projekt inszeniert sich als E-Learning-Plattform, auf der man rechtsextreme Inhalte gegen Bezahlung erhalten kann. Initiator der „GegenUni“ war Erik A. aus Frankfurt. Sitz der

„GegenUni“ war zunächst Frankfurt, allerdings kündigte der Bürodienstleister „Regus“ dem neurechten Projekt.

Die beiden neurechten Verlage „Jungeuropa“ und „Oikos“ waren mit einem Stand auf der Frankfurter Buchmesse vom 20. bis 24. Oktober 2021 vertreten.

Weitere rechtsextreme Chatgruppen bei der Polizei entdeckt

Auch 2021 gab es weiterhin Meldungen zu rechten Vorfällen in der Polizei. Rechtsextreme Chatgruppen beim Frankfurter SEK führten zu dessen zeitlichen Auflösung und Neustrukturierung. Auslöser waren Chatgruppen aus den Jahren 2016 und 2017, in denen SEK-Beamte NS-verherrlichende, rassistische und sexistische Inhalte veröffentlichten. Seit 2018 waren zudem zahlreiche Drohschreiben unter dem Pseudonym „NSU 2.0“ vor allem an Prominente und Politiker*innen verschickt worden (darunter auch zahlreiche Betroffene aus Hessen), wobei es die Vermutung gibt, dass an der Aktion auch hessische Polizisten beteiligt gewesen sein könnten, weil offenbar von Polizeicomputern Daten von den

Bedrohten abgefragt wurden. Am 3. Mai 2021 wurde dann in Berlin der 53-jährige arbeitslose, vorbestrafte Alexander Horst M. festgenommen, der verdächtigt wird, die Drohschreiben verfasst zu haben. Seit Mai 2022 läuft der Prozess gegen ihn vor dem Frankfurter Landgericht. Nicht vollständig geklärt ist noch immer die Frage, ob und ggf. in welcher Weise hessische Polizeibeamte an der Drohmail-Aktion „NSU 2.0“ beteiligt waren (siehe dazu auch „Waren doch Polizisten an den „NSU 2.0“-Drohschreiben beteiligt?“ <https://www.hessenschau.de/panorama/nsu-20-prozess-lka-beamter-spricht-von-manipulierten-einsatzzeiten-der-polizisten,nsu-polizisten-alibi-100.html>).

Radikalität nimmt zu

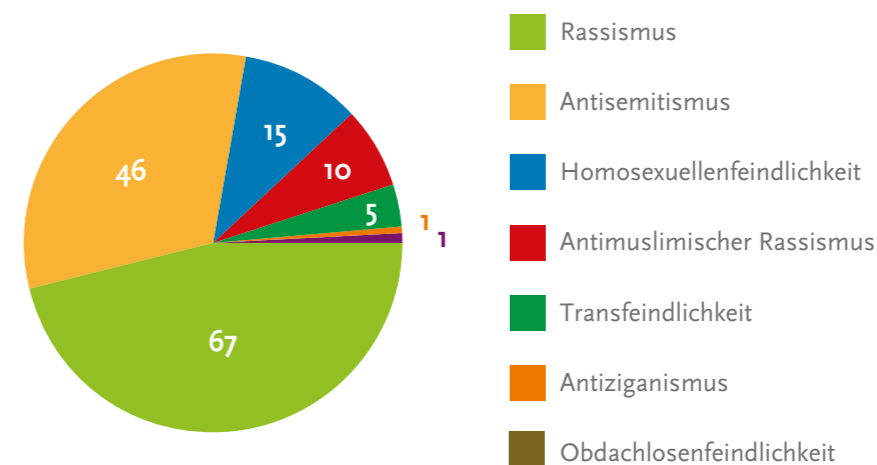
Die rechte Szene zeichnet sich auch weiterhin durch eine hohe Radikalität aus. So wurden 2021 mehrere Personen verhaftet, bei denen der Verdacht besteht, dass sie rechtsterroristische Anschläge planten. Die rechtsterroristischen Aktivitäten aus den vergangenen Jahren, der Mord an Walter Lübcke, der Anschlag von Hanau sowie der Fall des Bundeswehrprofiziers Franco A., beschäftigten die Justiz und den hessischen Landtag. Bei einer Hausdurchsuchung fanden Ermittler in Glashütten bei drei Männern, u. a. dem 21-jährigen Bundeswehrsoldaten Tim F., am Wochenende vom 27./28. Februar 2021 Waffen, Munition, Sprengstoff und ein Schriftstück, das den Verdacht eines geplanten Terroranschlags nahelegte. Bei Marvin E., einem 20-Jähriger aus Spangenberg, wurden bei einer Hausdurchsuchung Mitte September 2021 selbst gebaute Kleinsprengkörper,

unkonventionelle Spreng- und Brandvorrichtungen und eine Art Manifest gefunden, in dem er sich gegen den Fortbestand der BRD wendet und zum totalen Rassenkrieg auffordert. E. soll in Chatgruppen im Messengerdienst Telegram in Kontakt zu Mitgliedern der „Atomwaffen Division“ gestanden haben.

Der hessische rechte Szene-Anwalt Dirk Waldschmidt wurde am 19. Mai wegen Geldwäsche und gewerbsmäßigen Drogenhandel angeklagt. Die Anklage stand im Zusammenhang mit Ermittlungen gegen die thüringische rechtsextreme Gruppe „Turonen“. Ebenfalls am 19. Mai kam es zu einem gewalttätigen rassistischen Überfall auf einen Autofahrer in Schlüchtern. Der Autofahrer wurde von einer Gruppe zum Anhalten gezwungen, rassistisch beleidigt und bedroht und von einer Person gewürgt.

Monitoringbericht 2021

Vorfälle gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, aufgeschlüsselt nach Themen



© Demokratiezentrum Hessen

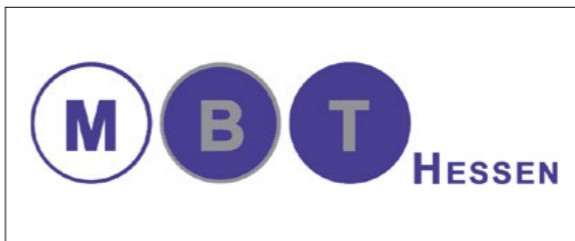
Aktivitäten der „Reichsbürger“

Auch die „Reichsbürger“-Szene war 2021 in Hessen aktiv. Ein bundesweiter Zusammenschluss von „Reichsbürgern“ unter dem Namen „Vaterländischer Hilfsdienst“ hielt mindestens zwei Treffen in Hessen ab. Die „Reichsbürger“-Gruppe „Königreich Deutschland“ versuchte bei mindestens einer hessischen Kommune, unter dem Tarnnamen „Gemein-

nütziger Verein FairTeilen e. V.“ Grundstücke anzukaufieren, um ein „ökologisches Gemeinwohldorf“ zu errichten. Bei einer Hausdurchsuchung am 7. September 2021 in Linden soll ein 47-jähriger mutmaßlicher „Reichsbürger“ mit einer Armbrust auf einen Polizisten geschossen haben.

Das folgende Kapitel gibt aus einem jeweils spezifischen und subjektiven Blick und exemplarisch Einblicke in die Arbeit von Netzwerkmitgliedern vor Ort und beleuchtet deren Aktivitäten im Jahr 2021, in dem auch weiterhin die Corona-Pandemie und ihre Folgen die Arbeit im Beratungsnetzwerk und seiner Partner stark bestimmten. Die Berichte stellen die konkrete Sicht aus der Alltagspraxis in den Vordergrund und geben einen anschaulichen Eindruck von der Vielfalt der täglichen Arbeit vieler engagierter Menschen vor Ort in Hessen für Demokratie und gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit.

5.1 Mobiles Beratungsteam Hessen (MBT) – Regionalstelle Nord-/Osthessen des Beratungsnetzwerks Hessen



ähnlich wie 2015, als viele Menschen in ihrem Umfeld plötzlich sehr offensiv mit Flüchtlingsfeindlichkeit umzugehen hatten, dass das Thema weit in die Mitte der Gesellschaft vorge drungen war und sich viele Menschen in kürzester Zeit radikalisiert hatten, was zu teils dramatischen Auseinandersetzungen in Freundes- und Familienkreisen führte.

Das Jahr 2021 war für das Mobile Beratungsteam Hessen MBT sehr bewegend und brachte Veränderungen mit sich. Das erste große Ereignis war die bundesweit beachtete Querdenken-Demonstration am 20. März 2021 in Kassel mit über 20.000 Teilnehmenden. Zwar gab es zuvor schon regelmäßige Demos und Kundgebungen mit überschaubarem Zulauf aus sehr heterogenen Milieus (Impfgegner:innen, vereinzelt Rechtsextreme, aber vor allem Personen aus einem bislang unauffälligen bürgerlichen Spektrum), aber der 20. März übertraf alles bislang Gesehene. Die Stadt Kassel wurde förmlich überrannt, Polizei und auch die Stadt Kassel wirkten überrascht und überfordert, obwohl sich in den Tagen davor abzeichnete, dass es ein großes Event werden würde, weil auf fast allen reichweitenstarken Verschwörungskanälen (vor allem aber auch auf YouTube) dazu aufgerufen worden war, nach Kassel zu kommen. Das MBT dokumentierte sowohl Demo als auch Kundgebung, wo nicht nur wirre Verschwörungstheorien verbreitet, sondern auch keine Abgrenzung nach rechts außen stattgefunden hatte. Gleichzeitig arbeiteten wir bereits an einer Informationsbroschüre „Verschwörungsideologien – Hype oder Gefahr?“ zu dem Thema, die nach Erscheinen Anfang Mai reißenden Absatz fand. Das ganze Jahr über waren Beratungs- und Informationsangebote zum Thema stark nachgefragt, vor allem wie professionell und privat mit Verschwörungsgläubigen umzugehen ist. Es zeigte sich,

Als es im Herbst/Winter nach einer längeren Sommerpause wieder zu Demos und Kundgebungen aus dem Querdenkerspektrum kam, wurden diese vielerorts von Protesten aus Lokalpolitik und Zivilgesellschaft begleitet – auch in vielen Kleinstädten im ländlich geprägten Nordhessen.

Dasselbe galt auch für andere Themenbereiche unserer Arbeit. So hatte sich zum Beispiel Ende 2019 kurze Zeit nach Erwerb einer Immobilie durch einen bundesweit einschlägig bekannten Rechtsextremen in einer kleinen Gemeinde an der Grenze zu Niedersachsen eine sehr aktive Bürger:inneninitiative gegründet, die trotz Pandemie viele kreative Proteste gegen den neuen Nachbarn auf die Beine stellte, wiederum u. a. unterstützt durch den Bürgermeister und Land- sowie Bundestagsabgeordnete.

Im Juni 2020 hatte der hessische Landtag auf Antrag der Fraktionen von SPD, FDP und DIE LINKE beschlossen, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum Mord an Walter Lübcke einzusetzen. Dieser setzt sich zum Ziel, das Handeln der hessischen Landesregierung und ihrer Behörden in den Mordermittlungen aufzuklären, insbesondere das Handeln des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen. Seit dem 31. März 2021 finden öffentliche Sitzungen statt, in denen Zeug:innen angehört

5. AUS DER PRAXIS



Inhaltsverzeichnis der MBT-Broschüre „Verschwörungsideologien – Hype oder Gefahr“.

und befragt werden. Auch wir vom MBT in Kassel haben dort ein Sachverständigengutachten in der ersten Sitzung abgegeben und begleiten die Sitzungen kontinuierlich.

Im Oktober 2021 konnten wir dann neue Mitarbeiter:innen für eine weitere Beratungsstelle für die Landkreise Fulda, Vogelsberg und Main-Kinzig einstellen, die noch in Einarbeitung sind, aber in 2022 dann in der neuen Regionalstelle Osthessen des Beratungsnetzwerks Hessen auch öffentlich in Erscheinung treten werden.

Christopher Vogel (MBT Kassel, Regionalstelle Nord-/Osthessen des Beratungsnetzwerks Hessen)

Weitere Informationen im Internet:

➤ <http://www.mbt-hessen.org/>

gen, in denen wir pädagogische Multiplikator*innen zu Fragen des Umgangs mit Demokratiefindlichkeit und unterschiedlichen Phänomenen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit fort- und weiterbilden konnten.

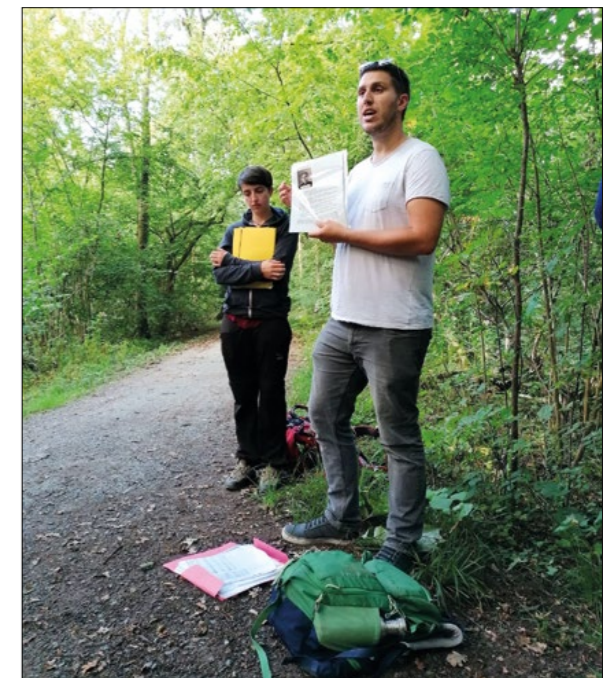
Ausblick

Leider wird das Haus am Maiberg Ende 2022 geschlossen werden. Die Projektarbeit wird bereits nach dem ersten Vierteljahr (zum 31.03.2022) enden, da sich die zuständige Projektmitarbeiterin anders beruflich orientiert. Damit geht dem Beratungsnetzwerk ein wichtiger Akteur in der politischen Bildungsarbeit (gegen rechts) verloren.

Weitere Informationen im Internet:

➤ <http://www.haus-am-maiberg.de/>

Susanne Kolb (Haus am Maiberg, Heppenheim – bis 30.06.2021 Regionalstelle Süd des Beratungsnetzwerks Hessen)



„Walk und Talk“-Format der Regionalstelle Süd im Haus am Maiberg zu unterschiedlichen Ideologien der Ungleichwertigkeit. Foto: Susanne Kolb

5.2 Haus am Maiberg: Regionalstelle Süd des Beratungsnetzwerks Hessen (bis 30.06.2022)



Praxisbericht der Projektstelle „Politische Bildung und Demokratieförderung“ im Haus am Maiberg:

Im Berichtsjahr 2021 konnten wir wieder ein buntes Potpourri von Bildungsveranstaltungen anbieten und dadurch eine intensive Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, seinen Erscheinungsformen und Akteur*innen sowie ihren Ideologien ermöglichen.

Einen Schwerpunkt bildeten im ersten Halbjahr unterschiedliche Formate im Überschneidungsbereich von Umwelt-, Klima-, Naturschutz und Rechtsextremismus. Dabei arbeiteten wir mit unterschiedlichen Kooperationspartner*innen zusammen, um die eher ländlich geprägten Regionen in Südhessen zu erschließen. Die Fachstelle

für Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN) konnte uns dabei mit ihrer Expertise in vielen Fällen unterstützen.

Um der Bildschirmmüdigkeit entgegen zu treten und dennoch das Infektionsgeschehen kontrollieren zu können, entwickelten wir ein „Walk und Talk“-Format, das wir zu unterschiedlichen Ideologien der Ungleichwertigkeit durchführen konnten. Unsere Spaziergänge stießen auf großes Interesse und werden auch im Jahr 2022 Teil unseres Bildungsprogramms sein.

Nach einer langen Phase der Vorbereitung gelang es, Engagierte aus südhessischen Bündnissen gegen rechts und Mitarbeitende aus den Bereichen der politisch motivierten Kriminalität der Polizei zu zwei Austauschtreffen zusammenzubringen. Dabei standen zunächst Beratungsanfragen im Raum, an denen exemplarisch die unterschiedlichen Zuständigkeiten und Herangehensweisen verdeutlicht werden konnten. Über eine Fortsetzung des fachlichen Austauschs wird diskutiert.

Hervorzuheben sind sicherlich auch viele Veranstaltungen

5.3 Regionalstelle Süd des Beratungsnetzwerks Hessen (Jetzt! e. V.)



Die Regionalstelle Süd des „Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ war seit Sommer 2016 im „Haus am Maiberg“ (Akademie für politische und soziale Bildung der Diözese Mainz) in Heppenheim ansässig und hat im Sommer 2021 sowohl die Trägerschaft als auch den Standort gewechselt.

Seit Juli 2021 befindet sie sich in der Trägerschaft von „jetzt! e.V. – Verein für Beratung, Coaching und Bildung – aktiv für Demokratie“ mit einem Büro in Darmstadt. Der Sitz in Darmstadt ermöglicht es der Regionalstelle Süd, in alle Regionen im Süden verstärkt auszustrahlen.

Das Team der Regionalstelle besteht nun aus zwei hauptamtlichen Fachkräften und drei freien Beratern.

Trotz der Umbruchphase des Trägerwechsels ging die Beratungs- und Bildungsarbeit natürlich weiter. Rassismus, Rechtspopulismus, Antisemitismus, Coronaprotekte und Verschwörungsideologien sowie sogenannte „Demokratieverdrossenheit“ waren die Schwerpunkte der Beratungsfälle. Dabei wandten sich besonders häufig Politiker:innen, Kommunen sowie Schulen an die Regionalstelle. Insbesondere konnte ein erhöhter Beratungsbedarf von Schulen aufgrund von diskriminierenden Vorkommnissen beobachtet werden.

Im Bildungsbereich waren ähnliche Themen wie in der Beratung präsent; dabei lag der Fokus auf Wissensvermittlung in den Phänomenbereichen Rassismus und Antisemitismus sowie der Entwicklung gemeinsamer Handlungsstrategien im Umgang mit selbigen.

Durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie konnten viele Formate nur digital umgesetzt werden; der Austausch und die Arbeit in Präsenz wird jedoch von den

meisten Beratungsnehmer:innen bevorzugt und stellt sich als produktiver heraus.

Ausblick

Ein erstes Ziel ist es, die Angebote und Arbeit der Regionalstelle Süd in der Stadt Darmstadt und den Landkreisen Darmstadt-Dieburg und Groß-Gerau bekannter zu machen. Dabei entstehen bereits spannende Kooperationsprojekte mit den ansässigen DEXT-Stellen („Fachstellen für Demokratieförderung und phänomenübergreifende Extremismusprävention“), Partnerschaften für Demokratie (Pfd), Gleichstellungsbeauftragten und zivilgesellschaftlichen Bündnissen. Die enge Zusammenarbeit mit Multiplikator:innen vor Ort stellt eine Niedrigschwelligkeit zu den Angeboten der Regionalstelle dar und verkürzt die Wege bei rechten und rassistischen Vorkommnissen vor Ort.

Eine große Herausforderung stellen aktuell und perspektivisch das Mobilisierungspotenzial von Querdenker:innen dar. Die „Spaziergänge“ bieten sowohl einen Radikalisierungsraum für Menschen, die bisher wenig politisch aktiv waren, als auch einen Rekrutierungsraum für (extrem) rechte Akteur:innen. Die Eröffnung von Dialogräumen für einen Austausch über Bedarfe, Kritik und Partizipationsmöglichkeiten soll als Gegenmaßnahme an verschiedenen Orten gefördert und unterstützt werden.

Um einen konkreten Überblick über (extrem) rechte Aktivitäten in Südhessen, vor allem in den Grenzregionen zu Bayern, Baden-Württemberg, zu bekommen, ist ein Monitoring in Arbeit. Aus dessen Erkenntnissen sollen Problemlagen und Handlungsoptionen herausgearbeitet und veröffentlicht werden.

Zur besseren Beobachtung dieser Grenzregionen führen wir mehrfach im Jahr gemeinsame Online-Konferenzen mit Vertreter:innen der Beratungsnetzwerke Bayerns, Baden-Württembergs und Rheinland-Pfalz durch.

Als eine Herausforderung für die Beratungsarbeit betrachten wir aktuell die Zusammenarbeit mit von Diskriminierung betroffenen Personen in Fällen der Mobilen Beratung. Die Zusammenarbeit zwischen den Teams der Mobilen Beratung und der Betroffenenberatung sollte perspektivisch gestärkt werden, außerdem braucht es mehr Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten im Kontext diskriminierungssensibler Beratung, um mit Fällen, in denen mehrere Betroffenheiten verschränkt auftreten, angemessen umgehen zu können.

Sarah Fey (Regionalstelle Süd des Beratungsnetzwerks Hessen, Darmstadt)

Weitere Informationen im Internet:

➤ <https://regionalstelle-sued.de/>

5.4 „response.“ – Beratungsstelle für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt



Überall in Hessen erleben Menschen täglich rechte, rassistische und antisemitische Gewalt. Dazu gehören körperliche Angriffe bis hin zu lebensbedrohlichen Situationen oder Tötungen, Bedrohungen, gezielte Sachbeschädigungen, Nötigungen, psychische Gewalt, Mobbing sowie diskriminierendes Verhalten, das von Betroffenen als gewaltvoll, demütigend, ausgrenzend und/oder als verletzend thematisiert wird.

Für betroffene Menschen bietet die spezifische Opferberatungsstelle „response.“ solidarische psychosoziale Beratung und Begleitung. Darüber hinaus können rechte und rassistische Vorfälle über die landesweite Meldestelle www.hessenschauthin.de gemeldet werden.

In der Beratung und im Rahmen des Monitorings beobachteten wir 2021 einen Anstieg an Vorfällen und Übergriffen im politischen Raum: Sowohl Amtsträger*innen als auch politisch Engagierte gerieten vermehrt in den Fokus von Anfeindungen und Angriffen. Dies lesen wir im Kontext gesamtgesellschaftlicher Radikalisierungen und einer politisch aufgeheizten, mitunter enthemmten Atmosphäre, die einhergeht mit einer Zuspitzung von verbaler und physischer Gewalt.

Auch Übergriffe im Kontext von Coronaleugner*innen-Protesten nahmen 2021 zu. Ebenso verzeichneten wir einen Anstieg von anti-asiatischem Rassismus. Deziert antimuslimischer Rassismus sowie Antisemitismus zeigte sich verstärkt auch in Form von Vandalismus und Sachbeschädigung. Auch anti-Schwarzer Rassismus bleibt für viele Menschen Realität.

Unsere Zahlen und Berichte von Betroffenen spiegeln zudem sehr deutlich wider, dass institutioneller und struktureller Rassismus ein Thema bleibt und alltäglicher Rassismus und Bedrohungen in beruflichen Kontexten und im Bereich Bildung (Kindertagesstätten, Schule, Ausbildung, Studium) ebenso wie in der Nachbarschaft stark zunehmen. Betroffene Personen berichteten von einer massiven Erschütterung, die dieses Eindringen in einen zentralen Lebensbereich mit sich brachte.

Am häufigsten erleben betroffene Menschen rassistisch motivierte Übergriffe im öffentlichen Raum. Rassistische und rechte Gewaltvorfälle sind dabei mehrheitlich Botchaftstaten: Eine zufällig ausgewählte Person wird zur Stellvertreter*in einer Gruppe, der signalisiert werden soll, dass sie nicht als gleichwertig betrachtet wird.

Ebenso berichteten 2021 ratsuchende Menschen vermehrt von empfundenem Racial Profiling, rassistischer Diskriminierung und Gewalterfahrungen im Zusammentreffen mit polizeilichen Vertreter*innen und Beamt*innen.

Insgesamt ist das Beratungsaufkommen bei „response.“ im Vergleich zum Vorjahr konstant hoch geblieben. Die Kapazitäten der Beratungsstelle an den Standorten Frankfurt/Main und Kassel waren und sind vollends ausgelastet. Durch verstärkte Kurzberatungen wurde versucht, Anfragen trotz Kapazitätsgrenzen zu begegnen. Es konnte durch die große Auslastung nicht allen Anfragen und mitunter komplexen Bedarfen, die langfristige Begleitung erfordern, entsprochen werden.

Am 19. Februar 2020 wurden Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüz, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kurtović, Vili Viorel Păun, Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar, Kaloyan Velkov bei dem rassistischen Anschlag in Hanau ermordet. Auch 2021 war ein Schwerpunkt von „response.“ die Beratung und Begleitung zahlreicher Menschen, die auf unterschiedliche Weise – sei es als Überlebende*r, als Angehörige*r oder als Freund*in – von diesem Anschlag betroffen sind. Im Fokus stehen dabei psychosoziale Begleitung, aufwendige und büro-

kratische Antragsprozesse zum Beispiel im Rahmen staatlicher Opferentschädigung, die Beschäftigung mit psychischen sowie materiellen und finanziellen Folgen des Anschlages und Öffentlichkeitsarbeit.

Darüber hinaus begleitet „response.“ den Untersuchungsausschuss UNA 20/2 zum rechtsterroristischen Hanau-Attentat, welcher im Juli 2021 offiziell seine Arbeit aufnahm. Nach wie vor haben Überlebende und Angehörige Fragen, Kritik und politische Forderungen, die gehört werden müssen.

Weiteres Thema für „response.“ war der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke und das dazu am 28. Januar 2021 ergangene Urteil des Oberlandesgerichts in Frankfurt am Main: Der Angeklagte Stephan E. wurde diesbezüglich zu lebenslanger Haft verurteilt, zudem wurde eine besondere Schwere der Schuld festgestellt. Er musste sich im Prozess auch für den rassistischen Mordversuch am 6. Januar 2016 an Ahmed I. (Nebenkläger im Prozess) vor Gericht verantworten, wurde hier jedoch trotz vieler Indizien und entgegen der Überzeugung von Ahmed I., seinem Anwalt und der Bundesanwaltschaft freigesprochen. Ahmed I. hofft auf Aufklärung auch seiner offenen Fragen im Rahmen des Untersuchungsausschusses UNA 20/1 zum Mord an Walter Lübcke, welcher im März 2021 seine Arbeit aufnahm. „response.“ begleitet auch diesen Untersuchungsausschuss. Weiterhin beschäftigten „response.“ die Entwicklungen zum Thema NSU 2.0 sowie offene Fragen zu Kontinuitäten rechter und rassistischer Gewalt und Netzwerken zehn Jahre nach der Selbstenttarnung des NSU.

Ausblick auf 2022

Die Bedrohung durch rechte und rassistische Gewalt, durch Einzelne, wie auch Netzwerke in Hessen, bleibt konstant. 2022 werden „response.“ weiterhin die beiden hessischen Untersuchungsausschüsse beschäftigen und die Forderungen nach Aufklärung sowie konkreten Schlussfolgerungen und Maßnahmen mit Blick auf die Arbeitsweise von Behörden und im Umgang mit Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Weiterhin sollen Monitoring und Öffentlichkeitsarbeit ausgebaut und weiterentwickelt werden (z. B. social media und Webpräsenz). Die bisherigen erfolgreichen Ansätze der Öffentlichkeitsarbeit (themenspezifische- und fallbezogene Öffentlichkeitsarbeit, Pressemitteilungen, Veranstaltungen) sollen im Rahmen der Kapazitäten gestärkt werden. „response.“ wird sich zudem weiterhin

mit der Analyse der sich verschärfenden Situation der Zielgruppe, der Sichtbarmachung und der sich daraus ergebenden bedarfsgerechten Konzeptentwicklung sowie der Weiterentwicklung methodischer Ansätze und Vernetzungsarbeit widmen. „response.“ ist beispielsweise im bundesweiten Kontext des bundesweiten Verbands der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. (VBRG e. V.) an der Entwicklung und Etablierung einer Beratungs-App beteiligt. Damit verbunden rückt das Thema Blended Counseling / Onlineberatung weiter in den Fokus.

Es ist insgesamt davon auszugehen, dass das Beratungsaufkommen hoch bleiben wird. Inwiefern die aktuelle Situation in der Ukraine sich auf die Beratungsarbeit auswirken wird, ist noch nicht abzusehen. Ein Beratungsschwerpunkt wird die Beratung und Begleitung in Hanau bleiben.

5.5 „Rote Linie“ – Pädagogische Fachstelle Rechtsextremismus



Das Jahr 2021 war für die „Rote Linie“ ein Jahr der Orientierung: nach personellen Veränderungen haben sich die Kolleg*innen als Akteure in ihren Arbeitsfeldern etabliert. Den aktuellen Entwicklungen im Feld nachgehend wurden neue Themen für Beratung und Bildungsveranstaltungen aufbereitet. Die Bildungs- und Präventionsarbeit war 2021 pandemiebedingt mit fragilen Planungen, Absagen und Zugangshürden etc. erschwert. Die Online-Formate im Präventionsbereich konnten hier z. T. eine hilfreiche Ergänzung sein. In der direkten Arbeit mit rechtsextrem affinen und gefährdeten Jugendlichen und in der Beratung von Eltern und Fachkräften wurden kreative Wege gefunden, diese weiterhin in der persönlichen Begegnung stattfinden zu lassen.

Weiterhin wurde zum 1. Juli 2022 die Trägerschaft der Beratungsstelle von der Bildungsstätte Anne Frank wechseln zum Evangelischen Regionalverband Frankfurt und Offenbach, Fachbereich Beratung, Bildung, Jugend, im Evangelischen Zentrum für Beratung und Therapie Am Weißen Stein in Frankfurt. Auch die damit verbundenen Prozesse werden im Jahr 2022 Ressourcen binden.

Das Team von „response. – Beratung für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt“

Weitere Informationen im Internet:

► <https://response-hessen.de/>
und ► <https://hessenschauthin.de/>

Fallzahlen gestiegen

Im Bereich der Distanzierungshilfen (Beratung, Coaching, Einzelfallhilfen) war die „Rote Linie“ 2021 in 42 Fällen aktiv (38 im Vorjahr). In der Bildungs- und Präventionsarbeit waren dies 44 Fälle (2020: 32). Im Trend verzeichnen wir ein leichtes Plus, trotz einer weiter großen Unsicherheit und Zurückhaltung in der Planung insbesondere seitens der Schulen – es handelt sich nicht um einen nachlassenden Bedarf. Die landesweite Ausrichtung blieb erhalten, und die regionale Schwerpunktbildung in Mittelhessen wurde weiter umgesetzt (21 Fälle).

Erreicht wurden vor allem Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe, aus Ämtern und auch der Bewährungshilfe, Lehrkräfte und Schulsozialarbeiter*innen an allgemeinbildenden und Berufsschulen, Eltern und Angehörige. Auch der direkte Kontakt zu rechtsaffinen jungen Menschen wurde 2021 gesucht. So konnten einzelne junge Menschen begleitet werden, aber auch ein Gruppenangebot erprobt werden. Es wurden 44 Veranstaltungen (Fortbildungen, Workshops, Vorträge etc.) durchgeführt.

Zielgruppen

Bei Erwachsenen haben Fragen der Haltung, der Beziehung und der Kommunikation für einen fördernden und kritischen Umgang mit rechtsextrem affinen Jugendlichen eine große Rolle gespielt. Die Themen „Umgang mit Verschwörungserzählungen“, „Reichsbürger“ und „Rassismus“ waren häufig Anlass für die Anfrage von Veranstaltungen; ergänzt durch Angebote aus dem „klassischen“ Repertoire (aktuelle Entwicklungen, rechtsextreme Erlebniswelten).

Schwerpunkthemen

Wie angestrebt, hat sich die „Rote Linie“ 2021 verstärkt dem Phänomenbereich „Reichsbürger, Selbstverwalter“ sowie den fluiden Formierungsprozessen mit rechtsextremen Einflüssen und Akteuren rund um Demonstrationen im Zusammenhang mit politischen Entscheidungen im Zuge der Corona-Pandemie und Verschwörungsmethoden zugewandt. Dort entwickelt sich aus einer mitunter zunächst kritischen Haltung auch ein zunehmend systemdistanziertes bis zu systemfeindliches Potenzial, das Schnittmengen zur extremen Rechten (auch zur sogenannten Neuen Rechten) aufweist.

Neu erprobt wurde ein Gruppenkonzept für Gruppen, die in Schulklassen, an Schulen oder in Kommunen auftreten. Dieses Angebot ergänzt die bestehenden Einzelfallhilfen sinnvoll. Das Thema „Rassismus“ wurde stärker nachgefragt, und das Thema „Kindeswohlgefährdung bei Aufwachsen in extrem rechten Familien“ wurde ergänzend erarbeitet und in Beratung und Fortbildung platziert.

Arbeitsfeld unübersichtlicher geworden

Die Verlagerung von Sichtbarkeiten, die aktuellen Neuorientierungen (Mobilisierungsthemen und Strategien in der Szene) und die sich formierenden Mischszenen machen das Feld etwas unübersichtlicher. Die aktuellen gesellschaftlichen (Krisen-)Themen haben als Zukunftsrisiken die junge Generation längst erreicht – zugleich verflüssigen sich alte Selbstverständlichkeiten; neue Sichtweisen im gesellschaftlichen Zusammenleben und Sensibilitäten für Schief lagen (Rassismus) fordern ihren Raum. Mit den damit verbundenen Fragen und Aushandlungsprozessen wirken Schulen und Institutionen bisweilen überfordert.

Inhaltlich neu und spannend war im vergangenen Jahr die Thematisierung von Kindeswohlgefährdung im Kon-

text Rechtsextremismus in der Beratung und im Rahmen einer Fortbildung.

Ein konkreter Beratungsfall aus 2021

Für unser Gruppenangebot wurden drei Jugendliche von einer Jugendgerichtshilfe vermittelt. Nach einer Phase des Beziehungsaufbaus und getroffenen Vereinbarungen fanden mehrere Treffen mit der Gruppe statt, die Gruppengespräche, Einzelaufgaben und erlebnispädagogische Übungen umfassten. Die inhaltliche Arbeit adressierte die eigene Biografie und Ziele, Ambivalenzen und Diskrepanzen in Beziehungen und Lebensplanungen. Eine eigene Positionierung, eine kritische Reflexion von Ideologiefragmenten und individuellen Weltbildern wurden über die Analyse von Musik angeregt. Die Jugendlichen erlebten es als Herausforderung, sich bereits zu distanzieren und im ländlichen Raum neue Wege zu gehen, andererseits der omnipräsenten rechten Szene nur schwer aus dem Weg gehen zu können: Was kann ich sagen, um mich fernzuhalten, was sollte ich besser nicht sagen oder tun, weil ich dann angegangen werde? In den Erzählungen der Jugendlichen zeigte sich auch, dass abseits von Schule gerade im ländlichen Raum Regelstrukturen fehlen, die demokratisch binden.

Ausblick

Mit Blick auf Jugendliche besteht ein Entfremdungs- und Mobilisierungspotenzial, wo politische Entfremdungserfahrungen zunehmen, öffentlich diskutiert werden oder Jugendliche seitens der Schule oder Jugendarbeit über einen längeren Zeitraum nur unzureichend erreicht werden. Sie in Beziehung und im Austausch über Werte „demokratisch“ zu binden, wird eine gesellschaftliche Aufgabe der Regelstrukturen sein, aber auch die Rechtsextremismusprävention betreffen. Auch Ansprache über Gaming-Plattformen, Musik, Hate Speech und Verschwörungsmethoden haben aktuell Hochkonjunktur; entsprechende Inhalte und „Freundeskreise“ sind präsent und zugleich zunehmend in „eigene“ Netzwerke und Plattformen verlagert.

Torsten Niebling, „Rote Linie“ –
Pädagogische Fachstelle Rechtsextremismus

Weitere Informationen im Internet:

► <https://www.rote-linie.net/>

5.6 Jetzt! e. V. – Verein für Beratung, Coaching und Bildung – aktiv für Demokratie



Der Verein „Jetzt! e. V.“ wurde 2017 von freiberuflich tätigen Beraterinnen und Beratern, die nicht in die Organisation eines Trägers eingebunden sind, gegründet und ist seit 2018 offiziell Mitglied des Beratungsnetzwerks Hessen. Die meisten Mitglieder des Vereins „Jetzt!“ kennen das Beratungsnetzwerk Hessen seit vielen Jahren und sind für alle Themen der mobilen Beratung wichtige und kompetente Ansprechpartner, die vor allem in Mittel- und Südhessen aktiv sind. Seit Mitte 2021 ist „Jetzt! e. V.“ auch neuer Träger der Regionalstelle Süd des Beratungsnetzwerks Hessen mit einem Büro in Darmstadt.

Die Beratungsprozesse unserer mobilen Beratung im Jahr 2021 wurden weiterhin durch die Corona-Pandemie beeinflusst: Ganz konkret im jeweiligen Beratungssetting galt es zu entscheiden, ob wir videobasiert oder in Präsenz arbeiten. Gerade bei neuen Beratungsprozessen war es notwendig, Unsicherheiten zu überwinden: Können wir uns in Präsenz treffen? Ist mein Gegenüber geimpft oder nicht? Auch der Vertrauensaufbau ist online anders zu gestalten als in Präsenz. Dennoch hatten wir keinen Rückgang an Beratungen – unsere Beratungsanfragen sind gestiegen.

Auch die Themen, weswegen Beratungen angefragt wurden, waren von der Corona-Pandemie beeinflusst. Eine erhöhte Nachfrage nach mobiler Beratung zeigte sich in Beratungsanfragen aus der Arbeitswelt, insbesondere von Unternehmen, die Kunden und/oder Mitarbeitende aus dem Spektrum Querdenker*innen, Coronaleugner*innen und Rechtspopulisten haben.

Ein anderer Schwerpunkt unserer Arbeit bildeten verstärkte Beratungsanfragen zum Thema Rassismus – dies lässt darauf schließen, dass nicht zuletzt durch die Vorfälle in Hessen in den vergangenen Jahren die gesellschaftliche Sensibilisierung für dieses Thema fortgeschritten ist.

Weitere thematische Schwerpunkte innerhalb der Beratung waren:

- Umgang mit Demokratiedistanz
- Bedrohung kommunalpolitisch Verantwortlicher
- Umgang mit Hate Speech.

Um für unterschiedliche Phänomene von Diskriminierung zu sensibilisieren, entwickelten wir ein Quiz – die sogenannten „jetzt-stories“ (in Anlehnung an das Kartenspiel „Black Stories“). Hierbei wird jeweils ein Fall beschrieben und die Leser*innen müssen erraten, was passiert ist. Es gibt pro Fall zwei Spicker mit weiteren Hinweisen. Die Fälle beschreiben Diskriminierungsphänomene in unterschiedlichen Zusammenhängen – so zum Beispiel im Bereich Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus etc. Es ist geplant, die „jetzt-stories“ sowohl auf unsere Webseite zu stellen als auch als analoges Kartenset zu produzieren.

Im letzten Quartal 2021 hatten wir besonders viele Beratungsanfragen; wir konnten alle Anfragen bedienen, kamen jedoch an unsere Kapazitätsgrenzen. Deshalb haben wir für 2022 Hospitant*innen gewonnen, um das Team der mobilen Berater*innen zu verstärken.

Seit Juli 2021 haben wir die Trägerschaft der Regionalstelle Süd des Beratungsnetzwerks Hessen inne, die für die Kreise Darmstadt, Darmstadt-Dieburg, Groß-Gerau, Odenwald und Bergstraße zuständig ist und den Auftrag hat, in diesen Regionen die mobile Beratung fortzuführen und mobile Bildungsangebote zu initiieren, dabei auf vorhandene Strukturen aufzubauen und neue Kooperationen zu entwickeln.

In diesem Kontext-Vorfeld galt es, einen geeigneten Raum für die Regionalstelle Süd zu finden, die Stellen für die Hauptamtlichen auszuschreiben, ein Bewerbungsverfahren zu initiieren, kompetente Mitarbeiter*innen einzustellen und die Regionalstelle Süd organisatorisch und inhaltlich neu aufzubauen. Dieser Prozess – die konzeptionelle Ausrichtung und konkrete Beratungsarbeit der Regionalstelle Süd vor Ort weiterzuentwickeln – wird uns in 2022 weiter begleiten.

Silke Sauer, „Jetzt! e. V. – Verein für Beratung, Coaching und Bildung – aktiv für Demokratie“

Weitere Informationen im Internet: www.jetzt-ev.de

5.7 Projekt „Zusammenleben neu gestalten“



Die Auseinandersetzung mit Rassismus hat im Jahr 2021 einen großen Schwerpunkt unserer Arbeit ausgemacht. Das Interesse zivilgesellschaftlicher Bündnisse, sich mit Otheringmechanismen auseinander zu setzen, ist – unserem Eindruck nach – im Zuge der auch in Deutschland stärker präsenten Black-Lives-Matter-Bewegung gewachsen. Wir konnten in mehreren digitalen Fortbildungsreihen interessierte Teilnehmende darin stärken, alltagsrassistische Probleme wahr- und ernst zu nehmen und entsprechend betroffenen sensible Handlungsstrategien entwickeln zu können.

Fortbildungen für (Sicherheits-)Behörden

Eine entsprechende Perspektiverweiterung auf die Wirkweisen von Rassismus stand auch im Mittelpunkt der Fortbildungsbemühungen in (Sicherheits-)Behörden, die einen großen Anteil unserer Arbeiten ausmachte und – so hoffen wir – auch weiter ausmachen wird. Die Relevanz der Beschäftigung mit institutionellen und strukturellen Formen von Othering wurde insbesondere in Auseinandersetzung mit den rassistischen Morden in Hanau an verschiedenen Stellen erkannt. Gestärkt durch entsprechende Dossiers des Deutschen Instituts für Menschenrechte, in der die Bedeutung einer konsequenten Orientierung an Betroffenenperspektiven pointiert wurde, konnten wir in Fortbildungen Reflexionsprozesse mit Schlüsselakteuren in Behörden anstoßen.

„Das war eine sehr intensive Auseinandersetzung und ein wichtiger Schritt. Zugleich denke ich, es ist noch ein ganz schön weiter Weg. Für jede*n Einzelne*n für uns und auch für uns als Institution“ – die Worte einer*ines Teilnehmers*Teilnehmerin in der Feedbackrunde einer Fortbildung drücken eine Haltung aus, die die Anstrengung einer rassismuskritischen Auseinandersetzung mit Alltagspraxen und institutionellen Verfahren nicht verkennt, diese aber zugleich mit großer Gelassenheit als wichtige und notwendige Chance eines individuellen und institutionellen Lern- und Weiterentwicklungsprozesses begreift.

„Demokratische Gesellschaften entwickeln sich immer weiter. Und auch wir als Institution müssen uns immer weiterentwickeln“, brachte ein*e andere Teilnehmer*in sein*ihr Demokratieverständnis auf den Punkt.

Mit dem im Seminar verfolgten Ansatz einer Stärkung der Kultur der Menschenrechte konnte sich eine Atmosphäre entfalten, in der sich die Teilnehmenden als Beteiligte eines institutionellen Lernprozesses begreifen konnten. Das ermöglichte es, auch Kritisches ohne Schuldzuweisungen in den Blick zu nehmen und Diskriminierungsgeschehen von seiner Wirkung auf Betroffene her zu denken und danach zu fragen, wie es in Zukunft besser gemacht werden kann.

Digitale Fortbildungsformate mit staatlichen Institutionen schwierig

Neben der Entwicklung einer beschämungsfreien Lernatmosphäre erscheint uns die Haltung der Behördenleitungen sehr entscheidend für den Gelingensprozess. Nur auf Grundlage eines starken Mandats lassen sich Entwicklungsprozesse initiieren. Und auch diese können immer mal wieder ins Stocken geraten. Das Fortbestehen der pandemischen Lage sorgt in diesem Zusammenhang für weitere Schwierigkeiten. Selbstreflexive Auseinandersetzungen mit Mitarbeitenden von Behörden brauchen – unserer Erfahrung nach – geschützte Lernräume, in denen eine tatsächliche Begegnung möglich ist.

Während sich mit Interessierten aus zivilgesellschaftlichen Zusammenhängen auch in digitalen Räumen zu Fragen von Rassismus, Antisemitismus, Demokratie- und Menschenrechtsbildung gut arbeiten ließ, hat sich dies in Fortbildungsformaten mit staatlichen Institutionen als eher schwierig erwiesen.

Mehr Beratungs- und Präventionsprojekte

Die Fallzahlen sind wieder angestiegen: In 2021 wurden vier Prozessbegleitungen aus dem Vorjahr fortgesetzt, 16 neue Prozessbegleitungen begonnen und zwölf Präventionsprojekte durchgeführt.

Christa Kaletsch, Manuel Glittenberg, Stefan Rech,
DeGeDe-Team des Projekts „Zusammenleben neu gestalten“

Weitere Informationen im Internet: <https://www.degede.de/project/zusammenleben-neu-gestalten/>

6. WAS GAB ES 2021 NEUES IM BERATUNGSNETZWERK HESSEN?

Auch 2021 führten die Corona-Pandemie und die damit einhergehenden Einschränkungen im Beratungsnetzwerk Hessen dazu, dass Vieles improvisiert, verschoben oder in kurzer Zeit neu entwickelt und manche Planung über den Haufen geworfen werden musste. Die häufig nötige Umstellung von Präsenzveranstaltung und -beratung auf etwas unpersönlichere Videokonferenzen oder virtuelle Online-Treffen verlief im vorigen Jahr schon zunehmend routinierter, obgleich sich zeigt, dass Präsenztermine in unserem Themen- und Aufgabenbereich in vielen Fällen kaum ersetzbar sind. Gleichwohl lässt sich auch für 2021 Einiges an Neuem und Berichtenswertem zusammentragen.

6.1 Innenstaatssekretär besuchte das Demokratiezentrum: „Unverzichtbarer Teil der Extremismusprävention“



Übergabe des Förderbescheids 2021 für das Demokratiezentrum Hessen (von links): Dr. Horst Falk (Landtagsabgeordneter und Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst), Dr. Reiner Becker (Leiter des Demokratiezentrums), Innenstaatssekretär Dr. Stefan Heck, Uni-Vizepräsident Prof. Dr. Michael Bölker, Prof. Dr. Wolfgang Seitter (professoraler Verantwortlicher für das Demokratiezentrum) und Tina Dürr (stellv. wLeiterin des Demokratiezentrums). Foto: Henrik Isenberg

Besuch aus dem Hessischen Innenministerium erhielt im Sommer 2021 das Demokratiezentrum Hessen als Geschäfts-, Fach- und Koordinierungsstelle des Beratungsnetzwerks: Der Hessische Innenstaatssekretär Dr. Stefan Heck war am 22. Juli an die Philipps-Universität nach Marburg gekommen, um dem dort angesiedelten Demokratiezentrum Hessen offiziell den Förderbescheid für 2021 zu überreichen und sich über die Arbeit des Zentrums zu informieren. Er nannte das Demokratiezentrum einen „unverzichtba-

ren Teil der Extremismusprävention und Demokratieförderung in Hessen“ und übergab einen Bescheid in Höhe von insgesamt rund 2,7 Mio. Euro, wovon rund 1,6 Millionen Euro aus Bundes- und 1,1 Millionen Euro aus Landesmitteln stammten (siehe auch <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/2021/07/23/unverzichtbarer-teil-der-extremismuspraevention-hessischer-innenstaatssekretaer-heck-besucht-demokratiezentrum-hessen-in-marburg/>).

6.2 Beratungsnetzwerk und Demokratiezentrum mit komplett überarbeitetem, modernem neuen Internetauftritt

Völlig überholt, modernisiert und aktualisiert wurde im vorigen Jahr unser Internetauftritt für das Beratungsnetzwerk und das Demokratiezentrum Hessen: Das Demokratiezentrum hat die gemeinsame Website von Grund auf überarbeitet, optimiert, in einem neuen Content Management System (CMS) technisch komplett neu aufgesetzt und ihr ein zeitgemäßes „Gesicht“ verpasst. Sie ist nun neu strukturiert, übersichtlicher, optisch ansprechender und nutzerfreundlicher gestaltet. Im Herbst 2020 mit den Arbeiten begonnen, konnte der Webauftritt dann im März 2021 endgültig freigeschaltet werden; siehe <https://beratungsnetzwerk-hessen.de>



6.3 Onlineveranstaltung „Antisemitismus in Jugend(kultur)welten“



Unter dem Titel „Antisemitismus in Jugend(kultur)welten. Funktion, Wirkung und Konsequenz“ luden das Demokratiezentrum Hessen und die Evangelische Akademie Frankfurt zu einer Onlinetagung mit Workshops am Dienstag, 2. März 2021, und Mittwoch, 3. März 2021, ein. Hintergrund: Gesellschaftlich ist der Antisemitismus geächtet. Trotzdem besteht er fort – als Einstellungsmuster und in Form von subkulturell vermittelten Bildern und Erzählungen. Wie kann man ihm im eigenen Handlungsfeld entgegenwirken?

Das Onlineseminar setzte sich zum einen mit den verschiedenen Erscheinungsformen und Funktionen des Antisemitismus auseinander, zum anderen gab es Forschungsergebnisse zu den Perspektiven der Betroffenen. Was erleben sie? Welche Routinen haben sich in der pädagogischen Praxis herausgebildet und wie geht ihr soziales Umfeld mit Antisemitismus um? Mit solchen und ähnlichen Fragen beschäftigten sich die etwa 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Am zweiten Tag boten verschiedene Workshops die Möglichkeit, sich thematisch zu vertiefen und sich mit Handlungsempfehlungen und Gegenstrategien auseinanderzusetzen. (siehe auch <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/2021/02/05/demokratiezentrum-und-evangelische-akademie-onlineveranstaltung-antisemitismus-in-jugendkulturwelten/antisemitismus-in-jugendkulturwelten-2021-03-02/>)

6.4 Neue Broschüre des MBT Hessen: „Verschwörungsideologien – Hype oder Gefahr?“



Im Mai 2021 veröffentlichte das „Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus und Rassismus – für demokratische Kultur in Hessen e. V.“ (MBT Hessen) eine 24-seitige Broschüre zu Verschwörungsideologien mit

dem Titel „Verschwörungsideologien – Hype oder Gefahr?“. Hintergrund: In den letzten Monaten haben Verschwörungsideologien in Zusammenhang mit Corona große öffentliche und mediale Aufmerksamkeit erfahren. Das zeigt sich auch in der Beratungspraxis des MBT Hessen: Sei es, dass Institutionen Argumentationstrainings anfragen, wie in Diskussionen darauf reagiert werden kann. Sei es,

dass Einzelpersonen Hilfe suchen im Umgang mit Angehörigen oder im Bekanntenkreis. Das erhöhte Aufkommen von Beratungsanfragen war schließlich Anlass für das Mobile Beratungsteam in Kassel, die Publikation „Verschwörungsideologien – Hype oder Gefahr?“ zu erstellen.

Die Broschüre beleuchtet Hintergründe, behandelt politische Implikationen und gibt vor allem Hilfestellungen im Umgang mit dem Phänomen. An Beispielen wird gezeigt, wie ein angemessener Umgang mit Verschwörungsgläubigen ablaufen kann.

Das „Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus und Rassismus – für demokratische Kultur in Hessen e. V.“ (MBT Hessen) mit Sitz in Kassel fungiert auch als Regionalstelle Nord-/Osthessen des „Beratungsnetzwerks Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“. (siehe auch <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/2021/05/05/verschwuerungsideologien-hype-oder-gefahr-neue-broschuere-des-mbt-hessen-ist-erschienen/> und <https://www.mbt-hessen.org/>)

6.5 Online-Podiumsgespräch „Wissenschaft – Öffentlichkeit – Gesellschaft“ mit dem Demokratiezentrum Hessen

Welche Auswirkungen haben Fake News & Co in der Corona-Pandemie auf den Wissenschaftsbetrieb? Im Rahmen des „Dies Academicus 2021“ der Philipps-Universität Marburg fand am Mittwoch, 19. Mai 2021, ein wissenschaftlich prominent besetztes Online-Podiumsgespräch mit dem Titel „Wissenschaft – Öffentlichkeit – Gesellschaft“ statt, das wesentlich von Mitarbeitern*innen des Demokratiezentrums Hessen im „Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ mitgestaltet wurde.

Hintergrund: Die SARS-CoV-2-Pandemie sorgte dafür, dass die Generierung von wissenschaftlichen Erkenntnissen in einem bisher ungeahnten Maß kommuniziert wird.

Das bringt jedoch viele Wissenschaftler*innen in eine ungewohnte Rolle, denn die Kommunikation mit Presse und Öffentlichkeit funktioniert nach anderen Regeln als die innerhalb der Scientific Community. Zudem erfahren Wissenschaftler*innen nicht nur Zustimmung oder differenzierte Kritik an ihrer Arbeit, sondern auch Beleidigungen oder gar Bedrohungen. Sie werden als Teil eines zu bekämpfenden Systems gesehen oder werden (wie zuvor Teile der Medien) unter den Verdacht gestellt, Fake News zu verbreiten und Teil einer großen Verschwörung zu sein. Diese in manchen Kreisen zunehmende Wissenschaftsfeindlichkeit ist nicht komplett neu, aber die Corona-Pandemie wirkt wie ein Brennglas: Denn nicht nur Wissenschaftler:innen, die in der

Epidemiologie oder Virologie arbeiten, werden angefeindet oder sogar bedroht, sondern auch solche, die zum Klimawandel oder zu Themen wie Gender oder Rechtsextremismus forschen und kommunizieren und mit ihren Ergebnissen politisch beraten. Von diesem Befund ausgehend stellen sich zahlreiche Fragen, die im Rahmen des Podiumsgesprächs diskutiert wurden wie: Was ist die Aufgabe (universitärer) Wissenschaft gegenüber der Gesellschaft? Welche Bedeutung hat die öffentliche Kommunikation für Wissenschaft? Welche Defizite legt die wissenschaftliche Kommunikation in der Corona-Pandemie offen? Welche Veränderungen zeigen sich darüber hinaus im Verhältnis von Politik und Wissenschaft? (Siehe auch <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/2021/05/11/online-podiumsgespraech-wissenschaft-oeffentlichkeit-gesellschaft-mit-dem-demokratiezentrum-hessen/>)



6.6 Neues Buch zum Umgang mit Diskriminierung, Rechtspopulismus und Rassismus in der Schule erschienen



Im Mai 2021 erschien ein neues Buch „Haltung zeigen“ von Dr. Eva Georg. Darin geht es um Rechtspopulismus, Alltagsrassismus und diskriminierende Äußerungen im Unterricht und wie man darauf reagieren kann? Was kann man sagen? Ansprechen oder Schweigen? „Man müsste ... Haltung zeigen“, sagen einige. Aber welche Haltung genau? Und was braucht es dafür? Mit der Methode der Praxisforschung wurde diesen Fragen nachgegangen. Das Buch gibt konkrete Anregungen für Schule und Sozialarbeit und lädt zum Nachdenken über Haltung ein. Die Autorin Dr. Eva Georg ist Beraterin im „Be-

ratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“, Antidiskriminierungsberaterin (advd) sowie Systemische Beraterin und Supervisorin (SG). Unterteilt ist die 136-seitige Fachpublikation in vier Hauptkapitel:

- Vorkommnisse: Was passiert in Klassenzimmer und Jugendraum? Menschenverachtung, Rassismus und Diskriminierung
- Unsicherheiten und Herausforderungen: Warum ist das alles nicht so einfach?
- Umgang: Welche Umgangsweisen finden pädagogische Fachkräfte?
- „Wir haben Haltung – wir wissen nur nicht, wie Handeln“: Wem hilft das? Und was ist Haltung? Ein Kapitel zum Nachdenken (siehe <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/2021/05/20/neues-buch-zum-umgang-mit-diskriminierung-rechtspopulismus-und-rassismus-in-der-schule/> und <https://www.wochenschau-verlag.de/Haltung-zeigen/41237>)

6.7 Hybrider Fachtag „Rassismuskritisch unterrichten. Multiperspektivität in der Schule“



„Rassismuskritisch unterrichten. Multiperspektivität in der Schule“ war der Titel eines hybriden Fachtags mit Workshops, den die Evangelische Akademie Frankfurt und andere in Kooperation mit dem Demokratiezentrum Hessen am Donnerstag, 18. November 2021, sowohl in Präsenz als auch online anbot. Denn unsere zunehmend pluralistische, postmigrantische Gesellschaft braucht theoretische

Reflexionen und fachdidaktische Entwürfe, um Unterricht in heterogenen Lerngruppen neu zu denken. Weniger Ethno- und Eurozentrismus, mehr Multiperspektivität. Doch was heißt „Multiperspektivität“ – und wie gelingt sie? Wie können Lehrkräfte rassistischen Denkmustern effektiv entgegenwirken? Am Vormittag skizzierte der Bildungswissenschaftler Karim Fereidooni das Problemfeld mit Blick auf Rassismus in Schule und Gesellschaft. Am Nachmittag stellten fächerspezifische Workshops Unterrichtsmaterialien und Stundenentwürfe vor und luden zur Diskussion über Rassismuskritik und Multiperspektivität in der Praxis ein. (siehe auch <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/2021/10/11/hybrider-fachtag-rassismuskritisch-unterrichten-multiperspektivitaet-in-der-schule-am-18-november-in-frankfurt/>)

6.8 Auszeichnung für besonderen Einsatz für Demokratie: Walter-Lübcke-Preis auch an das MBT Kassel überreicht

Verdiente Ehrung für die Kolleginnen und Kollegen des Mobilen Beratungsteams (MBT) in Kassel: Ihnen wurde – neben Dunja Hayali und Robert Erkan – im November 2021 in Wiesbaden von Ministerpräsident Volker Bouffier der Walter-Lübcke-Demokratie-Preis 2020 (wegen der Coronapandemie nachträglich) überreicht.

„In Erinnerung an den am 1. Juni 2019 ermordeten hessischen Politiker werden mit dem Preis Menschen geehrt, die sich in besonderer Weise für die Werte der Demokratie engagieren, so wie Dr. Walter Lübcke dies ein Leben lang getan hat. Unsere drei Preisträgerinnen und Preisträger setzen sich herausragend und eindrucksvoll für die Demokratie ein“, erklärte der Ministerpräsident bei der Übergabe. Einer der Preisträger des erstmals verliehenen Walter-Lübcke-Demokratie-Preises ist das Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus und Rassismus – für demokratische Kultur in Hessen e. V. (MBT). Das Beratungsteam unterstützt und begleitet



Der Walter-Lübcke-Demokratie-Preis. Foto: © Staatskanzlei Hessen

zahlreiche „runde Tische“ in Gemeinden, in Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen sowie Angehörige von Rechtsextremen. In Nord- und Ostessen hat es sich zu einem festen Anlaufpunkt etabliert. „Diese Arbeit setzt direkt an der Basis an. Das ist wichtig, um entschieden gegen rechtsextremistische Strömungen vorzugehen und ihnen entgegen-

zutreten“, sagte Bouffier bei der Preisübergabe an Christopher Vogel vom MBT.

Das Mobile Beratungsteam Hessen fungiert auch als Regionalstelle Nord- und Osthessen des Beratungsnetzwerks Hessen und unterstützt u. a. demokratische Initiativen, Institutionen, Parteien und Einzelpersonen, die sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus und für die Stärkung einer menschenrechtsorientierten demokratischen Kultur einsetzen. „Diese Arbeit ist ungemein wichtig für ein demokratisches Mitei-

inander in unserer Gesellschaft“, unterstrich der Ministerpräsident. Der Verein sei mit seinem Einsatz gegen Hass und Hetze und für sein Werben um Demokratie, Freiheit, Respekt und Toleranz in der Gesellschaft ein würdiger Preisträger des Walter-Lübcke-Demokratie-Preises. (Siehe auch <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/2021/11/05/auszeichnung-fuer-besonderen-einsatz-fuer-die-werte-der-demokratie-hessischer-walter-luebcke-preis-erstmals-verliehen/> und <https://staatskanzlei.hessen.de/Presse/Walter-Luebcke-Demokratie-Preis-2020>)

6.9 Mobiles Beratungsteam Kassel erarbeitete Broschüre „Graue Wölfe und türkische Nationalisten“

Eine informative Broschüre über die „Grauen Wölfe“ und türkischen Rechtsextremismus in unserer Migrationsgesellschaft hat das „Mobile Beratungsteam gegen Rassismus und Rechtsextremismus – für demokratische Kultur in Hessen e. V.“ (MBT) in Kassel, das auch als Regionalstelle Nord- und / Osthessen des Beratungsnetzwerks Hessen fungiert,

im November 2021 herausgegeben. Hintergrund: Rechtsextreme Einstellungen, Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und der Hang zu autoritären Regierungen sind international und treten in ihren Erscheinungsformen in Deutschland folgerichtig auch in der Migrationsgesellschaft auf, zum Beispiel insbesondere im türkischen Nationalismus, der in Nordhessen zu den relevantesten und größten Bewegungen gehört.

Das vielfach zu wenig beachtete Phänomen existiert laut Fachleuten in der nordhessischen Region wie auch in anderen Teilen der Bundesrepublik bereits seit Jahrzehnten.

Die 24-seitige Broschüre beschäftigt sich intensiv mit dem Thema in Kapiteln wie „Graue Wölfe und türkische Nationalisten in Kassel“, „Rechtsextremismus mit Türkeibezug“, „Zum Verbotverfahren der Grauen Wölfe in Deutschland“, „Über den Umgang der deutschen Zivilgesellschaft und der Kommunen mit türkischem Nationalismus und Rechtsextremismus“ und „Türkischer Nationalismus als Identitätsangebot“. (siehe auch <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/2021/11/30/mobiles-beratungsteam-kassel-erarbeitete-aktuelle-broschuere-graue-woelfe-und-tuerkische-nationalisten/> und <https://www.mbt-hessen.org/>)



6.10 Mitgliederzuwachs im Beratungsnetzwerk Hessen – Erweiterung des „Expertenpools“

Immer weiter wächst das Beratungsnetzwerk Hessen um neue Mitglieder und vergrößert damit den Kreis der Expertinnen und Experten, die sich gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Rassismus oder Antisemitismus einsetzen. So sind im vorigen Jahr 2021 folgende Organisationen als neue Mitglieder dem Beratungsnetzwerk Hessen beigetreten:

Die „Türkisch-Deutsche Gesundheitsstiftung e. V.“ in Gießen, die sich unter anderem für Extremismuspräventionsprojekte engagiert, sowie „Spiegelbild – Politische Bildung aus Wiesbaden e. V.“, der sich für Schulen und viele andere als kompetenter Ansprechpartner für Fragen des Umgangs mit der NS-Geschichte und Antisemitismus und zuneh-



men auch für den Umgang mit den Themen Rassismus und dem Leben in der Migrationsgesellschaft etabliert hat.



Eine aktuelle Liste aller Mitglieder des Beratungsnetzwerks Hessen finden Sie am Ende dieser Broschüre.

6.11 Leih-Ausstellung „RECHTSaußen – MITTENDrin“ und Poster-Alternative auch 2021 gefragt

Seit 2015 stellt das Beratungsnetzwerk Hessen bzw. das Demokratiezentrum eine mobile Leih-Ausstellung unter dem Titel „RECHTSaußen – MITTENDrin? Rechtsextremismus: Erscheinungsformen und Handlungsmöglichkeiten“ Schulen, Vereinen, Parteien, Initiativen und anderen interessierten Institutionen kostenfrei zur Verfügung. Dazu gibt es eine eigene begleitende Website mit Zusatzinformationen und Lehrmaterialien sowie Literaturtipps.

Die derzeit 26 Roll-Ups umfassende Ausstellung ist ein anschauliches Beispiel für die praktische Informations- und Präventionsarbeit des Beratungsnetzwerks Hessen, was auch die große Nachfrage danach belegt.

Trotz Pandemie wurde die Ausstellung 2021 insgesamt fünf Mal – jeweils über einen längeren Zeitraum – verliehen. So war sie zu sehen im Main-Kinzig-Kreis, in Korbach, Frankfurt, Gelnhausen und bei einer Bundesinstitution in Bayern.

Außerdem wurde mehrfach die alternativ zur Präsenzausstellung angebotene Möglichkeit des Selbst-

ausdrucks einer von Demokratiezentrum Hessen zur Verfügung gestellten Posterdatei mit den einzelnen Roll-Up-Darstellungen gerne und auch bundesweit genutzt.

Nähere Informationen zur Ausstellung und den Ausleihbedingungen gibt es unter <http://www.rechtsausen.de/>



6.12 Publikationen

6.12.1 Folder „Das Jahr in Zahlen 2020“ und ausführlicher Jahresbericht 2020



Auch im vergangenen Jahr 2021 legte das Demokratiezentrum im Frühjahr wieder vorab einen praktischen, übersichtlichen Folder vor, der alle wichtigen Zahlen, Daten und Aktivitäten des Beratungsnetzwerks Hessen im vorangegangenen Jahr beinhaltet. Ziel des im Februar 2021 erschienenen 6-seitigen DIN-A-4-Faltblatts mit dem Titel „Das Jahr 2020 in Zahlen“ war es, bereits sehr frühzeitig die wesentlichen Fakten des Vorjahrs in Kurzform zusammenzustellen und der Öffentlichkeit vorzustellen, bevor dann später im Jahr der umfangreiche Jahresbericht des Beratungsnetzwerks folgte.

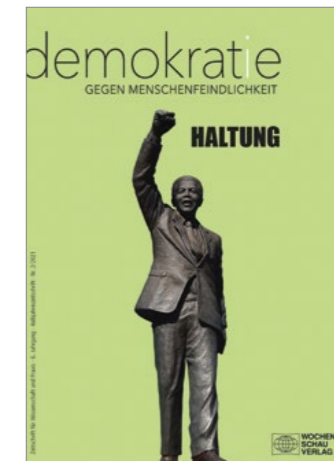
Im September – coronabedingt etwas verspätet – veröffentlichte das Demokratiezentrum dann seine ausführliche Bilanz der im Jahr 2020 erfolgten Aktivitäten, Tätigkeiten und Neuerungen im Beratungsnetzwerk Hessen. Mit den regelmäßigen umfangreichen Jahresberichten wird nicht nur eine Art jährlicher Rechenschaftsbericht vorgelegt, sondern damit soll auch eine breite Öffentlichkeit auf die vielfältigen Aufgaben, Arbeiten und Herausforderungen des Netzwerks und des Demokratiezentrums als

seiner Geschäftsstelle aufmerksam gemacht und die von Bund und Land geförderte Einrichtung grundsätzlich vorgestellt werden. Integriert ist in dem Bericht als Kernstück eine ausführliche statistische Auswertungsübersicht der Beratungsfälle sowie der Bildungs- und Präventionsmaßnahmen des Jahres 2020. Daneben finden sich Berichte, Bilanzen und Ausblicke aus der praktischen Arbeit vor Ort, Texte über alle Neuigkeiten im Beratungsnetzwerk, über Treffen, Tagungen und Fortbildungsveranstaltungen sowie zur Finanzierung und zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Der 68 Seiten umfassende Jahresbericht 2020 liegt in einer Online- und Druckversion vor. (siehe Artikel <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/2021/09/09/jahresbericht-2020-des-beratungsnetzwerks-hessen-erschiene-auch-in-der-pandemie-grosse-nach-frage-nach-expertise-und-angeboten/> und PDF https://beratungsnetzwerk-hessen.de/wp-content/uploads/2021/09/final-bnh_GB2020_210826_doppelseiten.pdf)

6.12.2. Neue Ausgaben der Zeitschrift „Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit“

Die Zeitschrift „Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit“ bietet seit 2016 ein wissenschaftliches Forum für Demokratiestärkung und gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Sie ist eine Plattform für den gegenseitigen Austausch guter Ansätze aus Wissenschaft und Praxis gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus, Rechtsextremismus, gewaltorientierten Islamismus und andere Abwertungs- und Ausgrenzungsphänomene. Im Verantwortlichen-Team der Wissenschaftszeitschrift sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Demokratiezentrums Hessen maßgeblich vertreten, wo auch die Themen- und Beitragskoordination sowie die Redaktion erfolgt.



Die Ausgabe 2/2021 der Zeitschrift „Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit“ widmete sich dem Thema „Haltung“ – einem „Containerbegriff“ mit zentralem Aufforderungscharakter. Wie kann der Begriff Haltung über das Alltagsverständnis hinaus gefasst

und beschrieben werden? Was ist Haltung? Dabei zeigt sich: Haltungen sind nicht statisch, sie sind auch anfällig für Manipulation. In dieser Ausgabe 2/2021 der Zeitschrift „Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit“ wurde der Versuch unternommen, den Begriff Haltung – sofern möglich – von seinen alltäglichen Konjunkturen und Verständnissen zu lösen und aus verschiedenen Perspektiven in den Blick zu nehmen.



Die erste Ausgabe 1/2021 beschäftigte sich mit dem Thema „Visegrád-Staaten in der EU. Polarisierung – Radikalisierung – Diskriminierung“. Sie rückte jene in den Vordergrund, die „on-the-ground“ in der Praxis für eine offene, liberale und vielfältige Gesellschaft in ihren

Ländern und in der EU kämpfen. Der Schwerpunkt fokussiert im Besonderen die Situation in Mittel- und Osteuropa in der Praxis von Prävention und Intervention im Feld von Demokratiebildung, Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Neben diesem Schwerpunktthema gab es in dieser Ausgabe u. a. auch interessante Beiträge zum Thema Jugendsozialarbeit und zur politischen Bildung in Schule und in der Mobilen Beratung.

Zielgruppe der Zeitschrift „Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit“ sind vornehmlich Akteure in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit mit Jugendlichen, der Erwachsenenbildung, der Mobilen Beratung und der Opferberatung, der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit, themenrelevanten Verbänden und Vereinen, der Prävention von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Gewalt sowie der Sozial-, Politik- und Erziehungswissenschaft, der Soziologie und der Kriminologie.

Die Zeitschrift „Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit“ erscheint in der Regel zweimal im Jahr im Wochenschau Verlag, der zum Kennenlernen allen Interessierten das jeweils aktuelle Heft kostenlos als Gratis-Probeheft zur Verfügung stellt. Informationen siehe: <https://demokratie-gegen-menschenfeindlichkeit.de/> und <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/demokratiezentrum/wissenschaftliche-publikationen/zeitschrift-macht-sich-fuer-demokratie-stark/>

6.13 Sonstiges

Im Folgenden soll stichpunktartig kurz auf einige weitere Neuigkeiten und Besonderheiten im Beratungsnetzwerk im vorigen Jahr hingewiesen werden:

- **Wechsel der Trägerschaft der Regionalstelle Süd** des Beratungsnetzwerks Hessen zum 1. Juli 2021 vom Haus am Maiberg, Akademie für politische und soziale Bildung, zu „Jetzt! Verein für Beratung, Coaching und Bildung – aktiv für Demokratie e. V.“ mit einem Büro in Darmstadt
- Gleichzeitig weitere **Aufbauarbeiten einer neuen Regionalstelle Ost in Fulda** durch das Mobile Beratungsteam gegen Rassismus und Rechtsextremismus – für demokratische Kultur in Hessen e. V. (MBT), Kassel. Geplante Eröffnung: Mitte 2022.
- Vorbereitungen der Philipps-Universität Marburg für einen **weiterbildenden Masterstudiengang „Beratung im Kontext Rechtsextremismus“** unter intensiver Beteiligung des Demokratiezentrum Hessen: Der Studiengang richtet sich an Fachkräfte sowohl aus der Mobilen Beratung als auch aus angrenzenden Feldern der Beratung gegen Rechtsextremismus.

remismus. Zudem steht er grundsätzlich Fachkräften offen, die einschlägige Vorerfahrungen sowohl in der Beratung als auch im Themenfeld Rechtsextremismus und Rassismus mitbringen. Der bundesweit bislang einmalige Weiterbildungsstudiengang soll zum Wintersemester 2022/23 zum ersten Mal angeboten werden.

- **Letzte Aufbauarbeiten und Personaleinstellungen für die „Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Hessen“ (= RIAS Hessen)**, die an das Demokratiezentrum Hessen an der Philipps-Universität Marburg angegliedert wird. RIAS Hessen soll sich in erster Linie der Unterstützung Betroffener von antisemitischen Vorfällen und der hessenweiten Dokumentation von Antisemitismus widmen und landesweite Vorfallmeldungsmöglichkeit und fachliche Beratung und Information zum Thema Antisemitismus anbieten. Im März 2022 hat RIAS Hessen ihre Arbeit mit der Freischaltung einer eigenen Website inklusive Meldeportal aufgenommen (siehe <https://rias-hessen.de/>)

7. VERNETZUNG, AUSTAUSCH, WEITERENT- WICKLUNG

Persönliche Begegnungen und intensiver Erfahrungsaustausch untereinander – das sind Grundvoraussetzungen für eine effektive Vernetzungsarbeit, damit gemeinsame Ziele gestärkt umgesetzt werden können und die Arbeit kontinuierlich weiterentwickelt wird. Das gilt auch für das Beratungsnetzwerk Hessen in seinem Einsatz für Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Rassismus oder Antisemitismus. Zahlreiche Treffen, interne Runden, regelmäßige Gremiensitzungen wie auch Fachtagungen oder Workshops bieten dafür normalerweise angemessen Platz und Gelegenheit, das starke Geflecht zu stabilisieren und auszubauen. Pandemiebedingt war das – wie schon 2020 – im vorigen Jahr anders, einige Treffen mussten ausfallen oder konnten nur virtuell und eingeschränkt stattfinden. Dennoch bemühten sich alle im Beratungsnetzwerk Hessen auch 2021 weiterhin intensiv um einen fruchtbaren permanenten Austausch.



Archivfoto vom Vernetzungstreffen im November 2019

7.1 Vernetzungstreffen

Üblicherweise finden im „Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ regelmäßig drei Mal im Jahr interne sogenannte Vernetzungstreffen statt. Die Treffen werden vom Demokratiezentrum einberufen, organisiert und dienen neben dem Austausch über Grundfragen bestehender Beratungsprozesse auch zur inhaltlichen und konzeptionellen Planung und Abstimmung von Bildungs- und Präventionsmaßnahmen sowie dem intensiven Informationsaustausch über aktuelle Entwicklungen zu Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Hessen.

Aufgrund der im vorigen Jahr weiter anhaltenden Corona-Pandemie konnte auch 2021 kein solches Treffen in Präsenz angeboten und durchgeführt werden.

Dafür gab es am 22. April 2021 und am 16. September 2021 wiederum (nur) virtuelle Vernetzungstreffen. Dank guter technischer und inhaltlicher Vorbereitung sowie zwischenzeitlich schon routiniertem Umgang mit Videokonferenzen dieser Art stießen die Online-Veranstaltungen auf große Resonanz.

An den beiden virtuellen Vernetzungstreffen beteiligten sich jeweils zwischen 90 und 100 Personen, die interessanten Vorträgen folgten und in virtuellen Konferenzräumen die neuesten Entwicklungen diskutieren konnten.

Das für Ende November 2021 wieder in Präsenz fest geplante Vernetzungstreffen musste dann leider kurzfristig wegen der veränderten Pandemielage abgesagt werden und fiel ganz aus.

7.2. Austausch bei Treffen der Mobilen Beratungsteams

Auch die mobilen Beraterinnen und Berater des Beratungsnetzwerks treffen sich in der Regel drei Mal im Jahr zu projektrelevanten Themen und zur kollegialen Fallberatung. Dabei werden gemeinsam mit der Leitung des Demokratiezentrums intern Erfahrungen ausgetauscht, evtl. Probleme angesprochen und zu lösen versucht sowie die künftige Arbeit der

Intervention, Prävention und Beratung besprochen, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort an der Basis leisten. 2021 gab es je ein eintägiges Treffen der Mobilen Beratungsteams am 9. April und am 9. Juli sowie ein zweitägiges Treffen am 4. und 5. November in Frankfurt.

7.3 Qualitätszirkel-Treffen für die Weiterentwicklung

Mehrmals im Jahr und nach Bedarf finden des Weiteren Treffen des sogenannten Qualitätszirkels des Beratungsnetzwerks Hessen statt. Denn die kontinuierliche Qualitätsentwicklung und -überprüfung der Arbeit und Angebote ist eine Daueraufgabe des Demokratiezentrums und des Netzwerks, auf die besonderer Wert gelegt wird. So wurde das Beratungsnetzwerk Hessen bundesweit als erstes Beratungsnetzwerk bei der ArtSet Qualitätstestierung GmbH im Januar 2011 zum ersten Mal qualitativ getestet. Zuletzt wurde es 2019 für vier weitere Jahre erfolgreich retestiert.

Der Qualitätszirkel ist eine Arbeitsgruppe, die 2009 gegründet wurde und strategische Entwicklungsziele

formuliert sowie die Prozesse des Qualitätsmanagements unterstützt. Er setzt sich aus Mitgliedern des Beratungsnetzwerks zusammen und bildet dabei die verschiedenen Akteursgruppen des Beratungsnetzwerks ab: Lenkungsgruppe, Demokratiezentrum, Expertenpool, Berater*innen. Die Aufgaben des Qualitätszirkels umfassen die systematische Erörterung von Qualitäts- und Verfahrensfragen, Ideenmanagement für Entwicklungsziele, Evaluationen von Beratungsnehmer*innen und Teams, Qualitätschecks sowie Entwicklung und Realisierung konkreter Indikatoren zur Überprüfung. Die Mitglieder des Qualitätszirkels tauschten sich 2021 pandemiebedingt nur einmal aus und zwar am 17. Februar.

7.4 Treffen der Lenkungsgruppe – Strategie und Zukunftsfragen

In halbjährlichen Abständen, oder aus besonderem Anlass, trifft sich die Lenkungsgruppe, die für die Fortentwicklung des Projekts im Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ zuständig ist. Sie setzt sich paritätisch aus staatlichen und zivilgesellschaftlichen Trägern zusammen.

Die Lenkungsgruppe leitet strategisch die Umsetzung des Programms, verantwortet und steuert die Aktivitäten im Netzwerk, gewährleistet einen regel-

mäßigen Informationsaustausch mit den Landesressorts über die Arbeit des Beratungsnetzwerks und der mobilen Beratungsteams, implementiert weitere erforderliche Ressourcen, die für eine qualitative Arbeit notwendig sind, nimmt gegenüber dem Demokratiezentrum die Aufsichtsfunktion wahr und entscheidet über die Aufnahme neuer Mitglieder im Beratungsnetzwerk Hessen. Im Jahr 2021 fanden Treffen der Lenkungsgruppe am 15. März und am 25. Oktober statt.

7.5 Treffen der „Partnerschaften für Demokratie“

„Partnerschaften für Demokratie“ (PfD) sind lokale bzw. regionale Bündnisse, in denen Handlungskonzepte zur Förderung von Demokratie und Vielfalt entwickelt und umgesetzt werden. Das 2020 neu aufgelegte Bundesprogramm „Demokratie leben! Demokratie fördern. Vielfalt gestalten. Extremismus vorbeugen.“ unterstützt weiterhin gezielt kommunale Gebietskörperschaften (Städte, Landkreise und kommunale Zusammenschlüsse) beim Aufbau der „Partnerschaften für Demokratie“, die zusätzlich durch das Hessische Ministerium des Innern und für Sport gefördert werden.

Damit soll bewusst ziviles Engagement und demokratisches Verhalten auf der kommunalen, regionalen und überregionalen Ebene gefördert werden. So werden Vereine, Projekte und Initiativen unterstützt, die sich der Förderung von Demokratie und Vielfalt widmen und insbesondere gegen Rechtsextremis-

mus und Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie z. B. Rassismus oder Antisemitismus arbeiten.

2015 wurde ein eigenes Austauschtreffen für die hessischen Partnerschaften für Demokratie etabliert, das in der Regel zwei Mal jährlich mit Vertreter*innen des Demokratiezentrum stattfindet. Diese Treffen dienen sowohl der Abstimmung von Arbeitsprozessen als auch der spezifischen Fort- und Weiterbildung, die u. a. über das Demokratiezentrum organisiert und angeboten werden können.

Da die Partnerschaften eine immer größere Rolle als kommunales Bindeglied für die verschiedenen Angebote spielen, die vom Demokratiezentrum koordiniert werden, sind diese Treffen für alle Beteiligten besonders bedeutend. 2021 fanden Vernetzungstreffen der hessischen „Partnerschaften für Demokratie“ (PfD) am 22. Februar und am 4. Oktober statt.

7.6 Weitere Treffen

Des Weiteren fanden – pandemiebedingt überwiegend online – auch Treffen der sogenannten Konzeptwerkstätten als besonderem Format zum fachlichen Austausch und zur Vernetzung statt. Die Konzeptwerkstätten sind interdisziplinäre, phänomenübergreifende Arbeitsgruppen hessischer Träger in einem speziellen gemeinsamen Arbeitsfeld unter der Leitung des Demokratiezentrum Hessen. In den Konzeptwerkstätten vernetzen sich verschiedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um gemeinsam methodische Fragestellungen und Herausforderungen der jeweiligen Arbeitsfelder zu reflektieren und zu bearbeiten.

Treffen der **Konzeptwerkstatt „Extrem gut!“** gab es im vorigen Jahr am 2. März und am 7. September.

Treffen der **Konzeptwerkstatt „Antisemitismus“** fanden statt am 11. Mai und am 7. Dezember. Zudem gab es eine kollegiale Beratung nach Palästina-Israel-Eskalation als außerordentliches Treffen der Konzeptwerkstatt „Antisemitismus“.

Schließlich gibt es enge Kooperationen des Beratungsnetzwerks Hessen mit den sogenannten

DEXT-Stellen. Diese „Fachstellen für Demokratieförderung und phänomenübergreifende Extremismusprävention“ (kurz DEXT) können seit Beginn der zweiten Förderperiode des Landesprogramms „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ (2020-2024) in jedem Landkreis, jeder kreisfreien Stadt und jeder Sonderstatus-Stadt eingerichtet werden und sollen auf lokaler und regionaler Ebene zu allen Phänomenbereichen des Extremismus Ansprechpartner sein, wobei sich die Schwerpunkte der Arbeit sich an den örtlichen Bedarfen orientieren sollen.

Für diese DEXT-Stellen wurden im vergangene Jahr 2021 vom Demokratiezentrum Hessen zwei Online-Seminare zum Thema Verweisberatung angeboten, die auch für die Mitarbeiter*innen der „Partnerschaften für Demokratie“ offenstanden. Die Umsetzung erfolgte in Kooperation mit der Mitarbeiterin der DEXT-Fachstelle bei „Pro Prävention“ im Kreis Offenbach. Diese jeweils als Webinar durchgeführten virtuellen Treffen fanden statt am 16. März und am 9. Dezember.

7.7 Modulare Weiterbildungen sichern Professionalität

Das Beratungsnetzwerk Hessen legt großen Wert auf eine professionelle, einheitlich qualitative Weiterbildung von Beraterinnen und Beratern. Deshalb organisiert das Demokratiezentrum seit langem gezielt Fortbildungsseminare als modulare Weiterbildungsreihe. Bereits seit 2012 wird die modulare Weiterbildungsreihe „Systemische Beratung im Kontext Rechtsextremismus“ vom Demokratiezentrum Hessen koordiniert und in Kooperation mit dem Systemischen Institut Tübingen durchgeführt. Die Weiterbildungsreihe richtet sich überwiegend an mobile Berater*innen sowie darüber hinaus an Berater*innen der Opferberatung und der Ausstiegs- und Distanzierungsberatung. Seit 2016 wird diese Weiterbildungsreihe, auf Grund der kontinuierlich hohen Nachfrage, nicht mehr nur für Berater*innen, die in Hessen tätig sind, sondern auch bundeslandübergreifend angeboten und so von verschiedenen Akteur*innen aus ganz Deutschland genutzt.

2021 konnten pandemiebedingt die Weiterbildungsangebote nur in digitaler Form stattfinden. Insgesamt nahmen 59 Berater*innen an den Kursangeboten teil. Es fand neben einem neuen Grundkurs, der aus vier dreitägigen Modulen bestand, ein Aufbaukurs statt, der drei dreitägige Module umfasste. Daneben fanden zwei Supervisionskurse in jeweils zwei Veranstaltungen für die jeweiligen Ausbildungsjahrgänge statt, in denen die Berater*innen gemeinsam die Erfahrungen in der Anwendung des erworbenen Handwerkszeugs reflektieren.

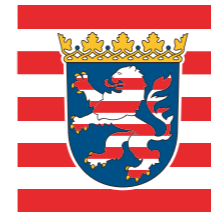
Insgesamt haben bis Ende vorigen Jahres bereits 157 Mobile Berater*innen, Opfer- und Ausstiegsberater*innen aus allen Bundesländern an der modularen Weiterbildung „Systemische Beratung im Kontext Rechtsextremismus“ teilgenommen.

Nähere Informationen ▶ <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/weiterbildung/>



8. FINANZIERUNG

HESSEN



Gefördert im Rahmen des Landesprogramms

**HESSEN
AKTIV FÜR DEMOKRATIE UND
GEGEN EXTREMISMUS**

Die Arbeit des „Beratungsnetzwerks Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ und des Demokratiezentrum Hessen als dessen Fach-, Koordinierungs- und Geschäftsstelle wird aus Fördermitteln des Bundes und des Landes finanziert.

Die Förderung erfolgt im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben! Demokratie fördern. Vielfalt gestalten. Extremismus vorbeugen.“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) sowie des Landesprogramms „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport (beide Programme aktuell mit Laufzeit vom 01.01.2020 bis 31.12.2024).

Die Fördermittel müssen jeweils aktiv beantragt und ein ausführlicher Verwendungsnachweis über die Ausgaben geführt werden. Neben dem Demokratiezentrum selbst werden mit den Mitteln Träger im Beratungsnetzwerk finanziert, die in der Mobilen Beratung, der Opfer- und Betroffenenberatung und in der Distanzierungsberatung tätig sind.

2021 standen für die Arbeit insgesamt 2.760.186,30 Euro zur Verfügung: 1.635.469,53 Euro aus dem oben genannten Bundesprogramm und 1.124.716,77 Euro aus dem hessischen Landesprogramm.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

9. PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Um die Arbeit und das Wirken des Beratungsnetzwerks und des Demokratiezentrum Hessen in der Öffentlichkeit bekannter zu machen und die interne und externe Kommunikation zu fördern, gibt es beim Demokratiezentrum Hessen eine kleine Pressestelle mit einem Mitarbeiter als Ansprechpartner für die Medien sowie für Mitglieder des Beratungsnetzwerks in Fragen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (Halbtagsstelle) (Kontaktdaten siehe Info-Kasten auf der nächsten Seite).

Im vorigen Jahr 2021 war die Expertise des Demokratiezentrum und Beratungsnetzwerks Hessen in den Medien insbesondere zum Thema „Querdenker“-Bewegung und „Corona-Leugner“ gefragt. Aber auch sonst berichteten Presse, Hörfunk und Fernsehen immer wieder über unsere Arbeit und fragten nach fachlichen Einschätzungen.

Untenstehend eine Auswahl des Medienechos 2021. Aus urheberrechtlichen Gründen werden nur Presse-, TV- oder Radiobeiträge mit einer öffentlich zugänglichen URL und der jeweiligen Artikelveröffentlichung als Link angegeben (Abfragestand: Juli 2022).

- Mutmaßlicher Rechtsextremist kauft Immobilie – Wenn die Nachbarschaft nach rechts ausschlägt (02.01.2021, „Frankfurter Rundschau“) ▶ <https://www.fr.de/politik/hessen-wesertal-gieselwerder-kassel-immobilie-rechtsextremismus-wenn-die-nachbarschaft-nach-rechts-ausschlaegt-90156583.html>
- „Einzeltäter sind nicht isoliert“ (19.02.2021, Interview mit Dr. Reiner Becker, Leiter des Demokratiezentrum Hessen, „Oberhessische Presse“) ▶ <https://www.op-marburg.de/Marburg/Experte-zu-Hanau-Anschlag-Einzeltaeter-sind-nicht-isoliert>
- Beratung wegen Extremismus-Fällen nachgefragt (01.03.2021, dpa, hier in der „Welt“) ▶ <https://www.welt.de/regionales/hessen/article227316625/Beratung-wegen-Extremismus-Faellen-nachgefragt.html?icid=search.product.onsitesearch>
- NPD in mehreren Parlamenten: Aber deutliche Stimmenverluste (25.03.2021, dpa hier in der „Zeit“) ▶ <https://www.zeit.de/news/2021-03/25/npd-in-mehreren-parlamenten-aber-deutliche-stimmenverluste>
- Corona-„Querdenker“: Friede, Freude, Feinde (28.03.2021, „Deutsche Welle“) ▶ <https://www.dw.com/de/corona-querdenker-friede-freude-feinde/a-57013947>
- So funktioniert der Kampf gegen Rechtsextremismus digital (13.04.2021, „Kinzig-News“) ▶ <https://kinzig.news/11396/digitale-praesentation-rechtsaussen-mittendrin>
- Sind Kommissionen nicht sexy genug? (24.05.2021, „Oberhessische Presse“) ▶ <https://www.op-marburg.de/Marburg/Sind-Kommissionen-nicht-sexy-genug>
- Dr. Reiner Becker, Leiter des Demokratiezentrum Hessen, in einem Interview mit der „Hessenschau“ am 19.06.2021 über die „Querdenker“-Bewegung anlässlich einer diesbezüglichen großen Demo in Kassel ▶ <https://www.hessenschau.de/tv-sendung/sternfahrt-gedenken-an-die-anschlagsopfer-hessenschau-vom-19062021,video-153602.html>
- Mehr Geld für den Kampf gegen Rechtsextremismus (25.07.2021, „Oberhessische Presse“) ▶ <https://www.op-marburg.de/Marburg/Mehr-Geld-fuer-den-Kampf-gegen-Rechtsextremismus>
- Polizei in Hessen: Verrohung mit Konsequenzen (27.08.2021, „Frankfurter Rundschau“) ▶ <https://www.fr.de/rhein-main/landespolitik/polizei-in-hessen-verrohung-mit-konsequenzen-90943559.html>
- Mord in Idar-Oberstein löst Debatte über Corona-Leugner aus (u. a. Interview mit Dr. Reiner Becker, Demokratiezentrum Hessen) (22.09.2021, Sat 1 Regionalmagazin) ▶ https://www.173olive.de/20210922_idaroberstein/

- Querdenken: Wie umgehen mit Radikalisierung?
- WDR 5-„Tagesgespräch“ mit Dr. Reiner Becker,
Leiter Demokratiezentrum Hessen (23.09.2021,
WDR 5, 46:59 Min. - verfügbar bis 23.09.2022)
▶ <https://www1.wdr.de/radio/wdr5/sendungen/ta-gespraech/dreiundzwanzigster-september-110.html>
- „Rote Linien“ in der Pandemie: Sorge vor Ra-
dikalisierung (20.12.2021, dpa, hier in der
„Zeit“) ▶ <https://www.zeit.de/news/2021-12/20/rote-linien-in-der-pandemie-sorge-vor-radikalisierung>

Alle zwei Monate regelmäßige Monitoring-Berichte über Lagebild in Hessen

Ein fester Bestandteil der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Demokratiezentrum Hessen sind auch die übersichtlichen Monitoring-Berichte. Sie dokumentieren unterschiedliche Vorkommnisse, Aktivitäten und Auffälligkeiten im Bereich Rechtsextremismus und aus dem rechten Milieu sowie damit einhergehende antidemokratische und menschenfeindliche Vorkommnisse, Aktivitäten und Auffälligkeiten in Hessen in einem bestimmten Zeitraum. Die Monitoring-Berichte erscheinen in regelmäßigen Abständen – in der Regel zweimonatlich sechs Mal im Jahr. Seit 2019 stellt das Demokratiezentrum die neu gestalteten Berichte, die nur als Online-Ausgaben erstellt werden (nicht als gedruckte Exemplare), auch auf der Website der Öffentlichkeit zur Verfügung.

Grundlage der Monitoring-Recherchen sind öffentlich zugängliche, offizielle und selbst recherchierte Quellen wie Polizeiberichte, Presse- und Medienberichte, Internetpräsenzen und Beiträge in sozialen Netzwerken. Die Monitoring-Berichte werden seit 2019 vom Frankfurter Medienbüro „achtsegel.org“ im Auftrag des Demokratiezentrum Hessen recherchiert und erstellt. Die jeweils verwendeten Quellen sind im jeweiligen Monitoring-Bericht unter bzw. neben den einzelnen Texten angegeben.

Siehe auch Jahresübersicht in Kapitel 4 dieses Jahresberichts!

Nähere Informationen ▶ <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/infos-presse/monitoring-berichte/>

Weitere Informationen für die Presse auf unserer Webseite: ▶ <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/infos-presse/presse/>, Informationsmaterialien siehe: ▶ <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/infos-presse/info-material/>

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Demokratiezentrum Hessen im Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus

Die Pressestelle ist vormittags besetzt und telefonisch erreichbar in der Regel montags bis freitags von ca. 9 bis 13 Uhr.

Kontaktdaten:

Gerolf Nittner
Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Demokratiezentrum Hessen im Beratungsnetzwerk
Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen
Rechtsextremismus
Philipps-Universität Marburg
Institut für Erziehungswissenschaft

Wilhelm-Röpke-Straße 6A
35032 Marburg
Tel.: 0 64 21 / 28 - 23 027
E-Mail: gerolf.nittner@staff.uni-marburg.de
Web: ▶ www.beratungsnetzwerk-hessen.de
▶ www.facebook.com/Beratungsnetzwerk

10. ANHANG

DIE MITGLIEDER DES BERATUNGSNETZWERKS HESSEN / EXPERTENPOOL

Dem „Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ gehören zahlreiche Institutionen, Organisationen und Verbände – staatliche und freie Träger – aus Hessen an. Sie bilden ein professionelles Netzwerk und unterstützen als „Expertenpool“ kompetent und zeitnah die Projekte und Arbeit der Beraterinnen und Berater vor Ort. Derzeit gehören 52 Mitglieder dem Beratungsnetzwerk Hessen an (Stand: Juni 2022); dies sind (in alphabetischer Reihenfolge mit Link auf die jeweilige Homepage):

- Antifaschistische Bildungsinitiative e. V.
➤ <http://www.antifa-bi.de/>
- Arbeiterwohlfahrt Rheingau-Taunus-Kreis mit dem Projekt „Menschenwürde“
➤ <https://www.awo-rtk.de/projekt-menschenwuerde/>
- Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen – Landesausländerbeirat
➤ <http://www.agah-hessen.de/>
- Arbeit und Bildung e. V. (Marburg) mit Projekten zu Extremismusprävention, Dialog und Vielfalt
➤ <https://www.arbeit-und-bildung.de/projekte/jugendliche/praevention-gegen-rechts>
- Arbeit und Leben – DGB/VHS-Landesarbeitsgemeinschaft Hessen: „Gestaltungsraum Arbeitswelt“
➤ www.gestaltungsraum-arbeitswelt.de
- Arolsen Archives – International Center on Nazi Persecution (früher: International Tracing Service (ITS))
➤ <https://arolsen-archives.org/>
- Bildungsstätte Anne Frank e. V.
➤ <https://www.bs-anne-frank.de/>
- Bildungszentrum Wetzlar (Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA))
➤ <https://www.bundesfreiwilligendienst.de/bildungszentren/die-einzelnen-bildungszentren/wetzlar>
- Bund der Deutschen Katholischen Jugend Hessen (BDKJ)
➤ <http://www.bdkj-hessen.de/>
- DGB-Bezirk Hessen-Thüringen DGB und DGB-Jugend Hessen-Thüringen
➤ <https://hessen-thueringen.dgb.de/>
➤ <https://hessen-thueringen.dgb.de/jugend>
- Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe)
➤ <https://www.degede.de/project/zusammenleben-neu-gestalten/>
- Die Kopiloten e. V. – gemeinsam politisch bilden
➤ <http://www.diekopiloten.de/> mit dem Projekt #hatebreach – Hass im Netz begegnen
➤ <https://hatebreach.net/>
- Evangelische Kirche in Hessen und Nassau
➤ <https://www.ekhn.de/home.html> mit dem Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung
➤ <https://www.zgv.info/das-zentrum/demokratie-staerken.html> und dem Fachbereich Kinder und Jugend im Zentrum Bildung der EKHN
➤ <https://www.ev-jugendarbeit-ekhn.de/startseite/>
- Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck
➤ <http://www.ekkw.de/index.php>
- Förderverein JVA Holzstraße e. V.
➤ <http://www.foerderverein-jva-holzstrasse.de/>
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Landesverband Hessen
➤ <http://www.gew-hessen.de/home/>
- Haus am Maiberg, Akademie für politische und soziale Bildung, Heppenheim
➤ <http://www.haus-am-maiberg.de/>
- Hessischer Flüchtlingsrat
➤ <http://fluechtlingsrat-hessen.de/>
- Hessische Jugendfeuerwehr im Landesfeuerwehrverband Hessen
➤ <http://www.jf-hessen.de/>

- Hessischer Jugendring e. V.
➤ <https://www.hessischer-jugendring.de/> mit dem Netzwerk für Demokratie und Courage Hessen (NDC)
➤ <https://www.netzwerk-courage.de/web/149.html>
- Hessisches Kultusministerium
➤ <https://kultusministerium.hessen.de/>
- Hessisches Landeskriminalamt Geschäftsstelle IKARus
➤ <http://ikarus-hessen.de/>
- Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
➤ <https://soziales.hessen.de/>
- Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
➤ <https://innen.hessen.de/> mit dem Hessischen Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE)
➤ <https://hke.hessen.de/>
- Hessisches Ministerium der Justiz
➤ <https://justizministerium.hessen.de/>
- Hessischer Städte- und Gemeindebund
➤ <https://www.hsgh.de/>
- HKM-Projekt (Hessisches Kultusministerium): „Gewaltprävention und Demokratielernen“
➤ <https://gud.bildung.hessen.de/>
- Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Kreis Bergstraße
➤ <http://www.fremdenfreundlich.de/>
- Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD)
➤ <https://isdonline.de/> mit dem Kompetenznetzwerk Anti-Schwarzer Rassismus (KomPAD)
➤ <https://kompad.de/>
- JAKOb e. V.
➤ <https://www.projekt-jakob.de/>
- Jetzt! Verein für Beratung, Coaching und Bildung – aktiv für Demokratie e. V.
➤ <http://jetzt-ev.de/> – seit 01.07.2021 ist Jetzt! e. V. neuer Träger der Regionalstelle Süd des Beratungsnetzwerks Hessen
➤ <https://regionalstelle-sued.de/>
- jugendschutz.net
➤ <https://www.jugendschutz.net/>
- Justus-Liebig-Universität Gießen, Institut für Politikwissenschaft, Qualifikationsprofessur für Didaktik der Sozialwissenschaften
➤ https://www.uni-giessen.de/fbz/fb03/institute/ijfp/Lehrende_Team/Professor_innen/schmitt
- KUBI – Verein für Kultur und Bildung e. V.
➤ <http://www.kubi.info/>
- Landesamt für Verfassungsschutz Hessen
➤ <https://lfv.hessen.de/>
- Landesverband der jüdischen Gemeinden in Hessen
➤ <https://www.lvjgh.de/aktuelles/>
- Makista e. V. – Bildung für Kinderrechte und Demokratie
➤ <https://www.makista.de/>
- Mobiles Beratungsteam gegen Rassismus und Rechtsextremismus – für demokratische Kultur in Hessen e. V., Kassel (Regionalstelle Nord-/Osthessen des Demokratiezentrum Hessen)
➤ <http://www.mbt-hessen.org/>
- Netzwerk gegen Gewalt
➤ <https://netzwerk-gegen-gewalt.hessen.de/>
- Philipps-Universität Marburg, Fachbereich Erziehungswissenschaften
➤ <https://www.uni-marburg.de/de/fb21/forschung/demokratiezentrum> mit dem Demokratiezentrum Hessen
➤ <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/demokratiezentrum/> und der daran angegliederten Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Hessen
➤ <https://rias-hessen.de/>
- Polizeiakademie Hessen; seit 2022 Hessische Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (HöMS)
➤ <https://hoems.hessen.de/>
- response – Beratungsstelle für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt
➤ <https://response-hessen.de/%c3%bcber-uns.html>
- Rote Linie – Pädagogische Fachstelle Rechtsextremismus
➤ <https://www.rote-linie.net/>
- Rumi imPuls e. V.
➤ <https://www.rumi-impuls.de/>
- Sara Nussbaum Zentrum für Jüdisches Leben, Kassel
➤ <https://sara-nussbaum-zentrum.de/>

- SMOG e. V.
➤ <https://www.smogline.de/>
- Spiegelbild – Politische Bildung aus Wiesbaden
➤ <https://www.spiegelbild.de>
- Sportjugend Hessen
➤ <https://www.sportjugend-hessen.de/>
- Stiftung Adam von Trott, Imshausen e. V.
➤ <https://stiftung-adam-von-trott.de/>
- Türkisch-Deutsche Gesundheitsstiftung e. V. (Gießen)
➤ <https://www.tdgstiftung.de/>
- Verband Deutscher Sinti und Roma,
Landesverband Hessen
➤ <https://www.sinti-roma-hessen.de/>
- Werkstatt für Demokratieförderung e. V. (Projekte für
die Demokratie – gegen Rassismus und Diskriminierung)
➤ <https://www.werkstatt-demokratie.de/>

(Stand: Juni 2022)

IMPRESSUM

**Jahresbericht 2021 des Beratungsnetzwerks
Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen
Rechtsextremismus**

V.i.S.d.P. / Redaktion: Dr. Reiner Becker,
Gamze Damat, Gerolf Nittner

herausgegeben vom:
Demokratiezentrum Hessen
im Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam
für Demokratie und gegen Rechtsextremismus
Wilhelm-Röpke-Str. 6 A
35032 Marburg
Tel.: 06421 - 28 21 110

E-Mail: ➤ kontakt@beratungsnetzwerk-hessen.de
Web: ➤ www.beratungsnetzwerk-hessen.de
Facebook: ➤ www.facebook.com/Beratungsnetzwerk

Wir bedanken uns bei allen Autorinnen und Autoren außerhalb des Marburger Demokratiezentrum für ihre Beiträge!

Hinweis: Die einzelnen Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) oder des Bundesamts für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) bzw. des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport (HMdIS) dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Autorin bzw. tragen die Autoren/die Autorinnen die Verantwortung.

Gestaltung und Layout:
HEILMEYER UND SERNAU GESTALTUNG, Berlin

Gestaltung Beratungsnetzwerk-Logo:
KOMPAKTMEDIEN – Agentur für
Kommunikation GmbH

Bildnachweise:
S. 10: © Mika Baumeister / unsplash
S. 36: © sincerely media / unsplash
S. 46: © sincerely media / unsplash
S. 57: © Roel Dierckens / unsplash
S. 62: © micheile-dot-com / unsplash
S. 64: © pixabay (lizenz- und kostenfrei)
S. 67: © Jason Leung / unsplash

alle übrigen Bilder, Skizzen, Tabellen und Grafiken
(sofern nicht anders gekennzeichnet):
© Demokratiezentrum Hessen

Copyright 2022: Demokratiezentrum Hessen,
Marburg – Stand: Juli 2022



HESSEN



Gefördert im Rahmen des Landesprogramms



Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie **leben!**